

Die EIB - die Bank der Europäischen Union

INFO

136

3 – 2009
ISSN 0250-3883

JESSICA -Initiative geht in die konkrete Phase 5.4 • Initiative JASPERS wird flügge 5.5 • FuE und die Finanzierung von Innovationen in Europa – EIB-Konferenz 2009 zu Wirtschafts- und Finanzfragen 5.6 • EIB ist Mitgründer des „Center for Mediterranean Integration“ in Marseille 5.18 • Seminar „Medinas 2030“ – Revitalisierung des städtischen Kulturerbes im Mittelmeerraum 5.19 • Cooperative Floating Rate Notes: EIB und Genossenschaftsbanken Hand in Hand gegen die Krise S. 24

EIB bekämpft Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Finanzierung des Terrorismus

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat ihre bisherige Politik gegenüber Offshore-Finanzzentren (OFZ) überarbeitet, um den Grundsätzen Rechnung zu tragen, die von den Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer auf dem G-20-Gipfel im April 2009 in London vereinbart wurden. Diese neue Politik der EIB im Zusammenhang mit OFZ kann jetzt auf der Website der EIB eingesehen werden. Der Ecofin-Rat begrüßte sie ausdrücklich und betrachtet sie als Modell, anhand dessen gemeinsame Richtlinien für die Strategien und Maßnahmen der internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) gegenüber nicht kooperationsbereiten Hoheitsgebieten entwickelt werden könnten.



TÄTIGKEIT DER EIB-GRUPPE

EIB bekämpft Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Finanzierung des Terrorismus	1
EBWE/EIB-Klimaschutzfonds in Russland aktiv	3
JESSICA-Initiative geht in die konkrete Phase	4
Initiative JASPERS wird flügge	5
FuE und die Finanzierung von Innovationen in Europa – EIB-Konferenz 2009 zu Wirtschafts- und Finanzfragen	6
ELENA: Unterstützung für nachhaltige Energieprojekte der Städte und Regionen	8
Botschafter von AKP-Staaten zu Besuch am Hauptsitz der EIB in Luxemburg	9
Verleihung des EIB-ERSA-Preises 2009 an Professor Paul Cheshire	9

IN DER EU

Darlehen für Offshore-Windpark Belwind in Belgien	10
GEMOSOLAR, das jüngste innovative Solarkraftwerk mit Bündelung der Direktstrahlung (CSP)	11
EIB unterstützt Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg	13
EIB unterstützt Projekte zum Hochwasserrisikomanagement	14
Über den kurzfristigen Horizont hinausdenken	15

AUSSERHALB DER EU

EIB unterstützt Jordanien mit ihrer Erfahrung in der Wasserversorgung	16
EIB ist Mitgründer des "Center for Mediterranean Integration" in Marseille	18
Seminar "Medinas 2030" – Revitalisierung des städtischen Kulturerbes im Mittelmeerraum	19
Der West African Power Pool	21
EIB unterstützt die strategische Präsenz des VW-Konzerns in Asien und Lateinamerika	22

FINANZEN

Cooperative Floating Rate Notes: EIB und Genossenschaftsbanken Hand in Hand gegen die Krise	24
Forschungspraktika bei der EIB	25

INTERNE FRAGEN

Ernennungen im Senior Management der EIB und sonstige Ernennungen	26
Neue Veröffentlichungen der EIB	28

EIB-Informationen ist eine periodisch erscheinende Veröffentlichung der Hauptabteilung Kommunikation der Europäischen Investitionsbank.

Verantwortlicher Herausgeber: Sabine Kayser.
Assistentin des Herausgebers: Yasmine Khayat.
Layout: EIB-Grafikatelier, Sabine Tissot.
Fotos: Bildarchiv EIB, C. Gleitsmann, Günter Wicker.

Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet. Um einen Quellennachweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.

Juan Manuel Sterlin Balenciaga, Hauptabteilung Kommunikation

Bei der EIB gelten seit mehreren Jahren strenge interne Vorschriften für die Inanspruchnahme von OFZ. Die Bank gehört seit 2005 zu den ersten IFI mit einer Strategie gegenüber solchen Hoheitsgebieten, die auf die Darlehensvergabe, die Mittelbeschaffung und das Treasury Anwendung findet. Darüber hinaus genehmigte der Verwaltungsrat der EIB im April 2008 die Betrugsbekämpfungspolitik der Bank, die Folgendes vorsieht: Die EIB duldet unter keinen Umständen Korruption, Betrug, heimliche Absprachen, Nötigung, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung; das Personal der EIB und ihre Geschäftspartner beachten die höchsten Integritätsstandards; die EIB übernimmt die Definitionen des einheitlichen Rahmens der Task Force der IFI zur Bekämpfung der Korruption; zur Bekämpfung von Betrug und Korruption werden geeignete Maßnahmen ergriffen.

Die neue Politik der EIB im Zusammenhang mit OFZ wurde auf Initiative des Verwaltungsrats der EIB ausgearbeitet und am 14. Juli 2009 nach intensiven Diskussionen mit den EU-Mitgliedstaaten, maßgeblichen Organisationen mit einschlägiger Fachkenntnis, IFI und anderen Anspruchsgruppen einschließlich Organisationen der Zivilgesellschaft genehmigt. Mit der Annahme der Politik bekräftigt die EIB, die Institution der Europäischen Union für langfristige Finanzierungen, ihre führende Rolle bei der Lösung von Problemen, die durch nicht kooperationsbereite Hoheitsgebiete, z.B. Steueroasen, entstehen. Ferner verpflichtet sie sich, dafür Sorge zu tragen, dass ihre Darlehen für den vorgesehenen Zweck – die Verwirklichung der vorrangigen Ziele der Europäischen Union – verwendet werden.

Wie bisher schon werden Aktivitäten im Zusammenhang mit illegalen Praktiken, wie z.B. Geldwäsche, Finanzierung des Terrorismus, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, auch weiterhin nicht toleriert und unerlaubte Aktivitäten sowie schädliche Steuerpraktiken verhindert. Darüber hinaus sieht die neue Politik folgende wichtige Punkte vor:

Berücksichtigung der Länderlisten und Berichte, die von einschlägigen, maßgeblichen Organisationen wie der OECD, dem IWF, dem Financial Stability Board und der Financial Action Task Force (FATF) erstellt wurden.

Bekräftigung der bisherigen Linie der EIB, eine Operation abzulehnen, wenn eine Verbindung zu einem OFZ vorliegt, das als verbotenes Hoheitsgebiet eingestuft ist und somit auf einer schwarzen Liste steht, es sei denn, ein Projekt ist physisch in einem solchen Hoheitsgebiet angesiedelt und es gibt keine Anzeichen dafür, dass die OFZ-Struktur für illegale Aktivitäten oder schädliche Steuerpraktiken genutzt wird. Diese Ausnahmeregelung ist notwendig, um zu vermeiden, dass die Bevölkerung von Ländern bestraft wird, deren Entwicklung die EIB im Rahmen des ihr vom Europäischen Rat erteilten Mandats unterstützen soll.

Die EIB wird aktiv Maßnahmen ergreifen, wenn eine Operation überwachte Hoheitsgebiete (graue Liste) betrifft. Bei allen OFZ-Operationen, die vom Verwaltungsrat ab dem 31. März 2010 genehmigt werden, wird die EIB jeden Vertragspartner, der seinen eingetragenen Sitz in einem in einer grauen Liste erfassten Hoheitsgebiet hat, verpflichten, seinen Sitz vor der Unterzeichnung der einschlägigen Verträge in ein Hoheitsgebiet zu verlegen, das nicht als OFZ ausgewiesen ist.

Ab demselben Zeitpunkt werden alle neuen Verträge der EIB eine Verlegungsklausel enthalten, die vorschreibt, dass ein Vertragspartner, der in einem Gebiet ansässig ist, das zu einem späteren Zeitpunkt von einer maßgeblichen Organisation als OFZ oder vergleichbares Gebiet eingestuft wird, seinen Sitz in ein nicht als OFZ ausgewiesenes Hoheitsgebiet verlegen muss. Eine solche Verlegung muss innerhalb von zwölf Monaten abgeschlossen sein.

Die EIB wird ihre OFZ-Politik weiterhin überprüfen, um der künftigen Entwicklung dieser Aspekte auf politischer Ebene Rechnung zu tragen, und dem Verwaltungsrat gegebenenfalls Aktualisierungen vorschlagen. ■



EBWE/EIB-Klimaschutzfonds in Russland aktiv

Der Emissionshandelsfonds, der von der EBWE und der Europäischen Investitionsbank gemeinsam aufgelegt wurde, hat seine erste Transaktion in Russland vereinbart. Der Fonds wird Emissionszertifikate aus einem Ölförderprojekt aufkaufen, bei dem das anfallende Gas nicht wie bisher abgefackelt, sondern wirtschaftlich genutzt wird. Standort des Projekts ist das Yarakta-Ölfeld in Ostsibirien. Das Abfackeln von Gas auf den Ölfeldern ist eine signifikante Quelle von Treibhausgasemissionen, und die russische Regierung sucht derzeit nach Wegen, um diese Praxis zu beenden.

Sobald die russische Regierung ihre Genehmigung erteilt hat und andere Bedingungen erfüllt sind, wird der Fonds die Emissionsgutschriften von einem Tochterunternehmen der Ölfördergesellschaft Irkutsk Oil aufkaufen, die das Yarakta-Ölfeld betreibt. Die Irkutsk Oil hat kürzlich ein Darlehen von der EBWE erhalten. Ein Teil der Mittel ist für Investitionen bestimmt, durch die die Gasabfackelung verringert werden kann. Das Tochterunternehmen der Gesellschaft baut jetzt auf dem Yarakta-Feld eine Gasaufbereitungsanlage mit Technik für die Reinjektion von Gas.

In dieser Anlage wird das Kondensat vom Erdölbegleitgas getrennt, das als Nebenprodukt der Ölförderung entsteht. Die Gesellschaft plant, das Kondensat zu verkaufen oder es mit Öl zu vermischen. Das verbleibende Trockengas wird wieder in das Ölfeld injiziert, um dann in einer zweiten Phase Flüssiggas durch die Abtrennung von Butan und Propan herzustellen. Auf diese Weise können rund 95% des Gesamtvolumens der Erdölbegleitgase, die während der gesamten Nutzungsdauer des Ölfelds entstehen, wiederverwertet werden. Dies wird eine erhebliche Verringerung der Treibhausgasemissionen bewirken.

Käufer der Emissionsgutschriften ist der Multilaterale Fonds für den Emissionshandel (Multilateral Carbon Credit Fund – MCCF). Fondsteilnehmer sind neben der EBWE und der EIB die Staaten Finnland, Belgien (Flandern), Irland, Luxemburg, Spanien und Schweden sowie sechs Unternehmen aus dem Privatsektor. Der MCCF ist einer der wenigen Fonds, die speziell auf die Länder von Mitteleuropa bis Zentralasien ausgerichtet sind. ■

JESSICA - Initiative

geht in die konkrete Phase

Die JESSICA-Initiative wurde 2006 eingeleitet. JESSICA ist die Abkürzung für Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas (Gemeinsame europäische Unterstützung für Investitionen zur nachhaltigen Stadtentwicklung). Seit Februar 2007 gibt es eine spezielle JESSICA-Task Force in der EIB. Bis Ende 2008 konzentrierte sich die Arbeit der Task Force vor allem auf die Erstellung von Evaluierungsstudien für die Mitgliedstaaten. Ziel der Studien war es, die Rahmenbedingungen für den Einsatz des JESSICA-Instruments und für technische Hilfe in den einzelnen Mitgliedstaaten, die Fördermittel aus den EU-Strukturfonds erhalten, klarzustellen und damit verbundene Vorteile zu prüfen. Durch die Studien wurden die Verwaltungsbehörden der betreffenden Mitgliedstaaten dabei unterstützt, einen Teil ihrer Strukturfondsmittel für maßgeschneiderte Finanzierungsinstrumente einzusetzen. Die Mittel werden durch Stadtentwicklungsfonds (SEF)¹ oder gegebenenfalls durch Holdingfonds bereitgestellt, um die nachhaltige Stadtentwicklung zu unterstützen.

Gianni Carbonaro, JESSICA-Task Force

Bisher wurden 40 Evaluierungsstudien in 18 Mitgliedstaaten eingeleitet, von denen 23 inzwischen abgeschlossen sind. Die EIB geht davon aus, dass die Mitgliedstaaten 2009-2010 weitere Studien beantragen werden, von denen die meisten bis 2011 fertig gestellt sein dürften. Als Ergebnis dieser Arbeit ist das JESSICA-Programm bekannter geworden, sodass eine zunehmende Zahl von Verwaltungsbehörden Interesse an der Errichtung von Holdingfonds bekundet hat, um die Umsetzung der Initiative zu beschleunigen. Dabei soll die EIB die Rolle des Holdingfonds übernehmen, so wie es in den Strukturfondsverordnungen vorgesehen ist. Dieses Interesse hat bisher zur Unterzeichnung der ersten sechs Holdingfonds-Mandate geführt, unter denen rund 600 Mio EUR verwaltet werden. Mit der bis zum Jahresende erwarteten Vereinbarung von vier weiteren Holdingfonds-Mandaten wird

sich das verwaltete Gesamtvolumen auf mehr als 1 Mrd EUR belaufen.

Die JESSICA-Initiative ist damit wirklich in die konkrete Phase ihrer Tätigkeit eingetreten, und in der nächsten Zeit ist mit einem Anstieg der von der EIB zu verwaltenden Mittel sowie mit Anfragen nach neuen Formen von Beratungsleistungen zu rechnen. Hinzu kommt die Aussicht, dass in Zukunft ein höherer Anteil an Strukturfondsmitteln für Finanzierungsinstrumente wie JESSICA eingesetzt werden könnte. Diese Tendenz könnte sich aus der für 2010 erwarteten Halbzeitüberprüfung des derzeitigen Programmplanungszeitraums und der Erstellung der finanziellen Vorausschau 2014-2020 ergeben.

Ein wirksames Ressourcenmanagement in den Städten wird immer wichtiger, und dies gilt vor allem für das Gebiet der Energieeffizienz. Um hier die EU-Ziele zu erreichen, werden rasch kostengünstige Lösungen für eine bessere Energieeffizienz in den Städten benötigt. Neben anderen Instrumenten, an denen die EIB und die Kommission beteiligt sind, spielt JESSICA bereits eine wichtige Rolle auf diesem Gebiet. Die ersten JESSICA-Holdingfonds wurden für Litauen, Andalusien, London und Griechenland vereinbart. Diese Fonds werden voraussichtlich langfristige Finanzierungen von mehr als 500 Mio EUR bereitstellen, um die Energieeffizienz von privaten und öffentlichen Gebäuden und sonstiger städtischer Infrastruktur zu verbessern. An diesen ersten Beispielen zeigt sich, dass das JESSICA-Instrument flexibel und in variabler Größe einsetzbar ist. Es könnte daher zur Schaffung von Synergien zwischen verschiedenen, aber komplementären Instrumenten beitragen, die auf Investitionen in die rationelle Energienutzung ausgerichtet sind.

Vor diesem Hintergrund sind technische Hilfe und Beratungsleistungen zunehmend gefragt, und die Task Force hat damit begonnen, die Kenntnisse und Erfahrungen aus den JESSICA-Evaluierungsstudien umzusetzen. So hat sie die Verwaltung von Holdingfonds übernommen und ist am Aufbau eines europaweiten Netzes und europaweiter Strukturen für den Erfahrungsaustausch beteiligt.

Die JESSICA-Initiative wird somit in Zukunft aller Voraussicht nach in drei Kompetenzbereichen aktiv sein, um die europäischen Kohäsionsziele zu unterstützen und auf den langfristigen Bedarf an Finanzierungen für die nachhaltige Stadtentwicklung und an entsprechenden Beratungsleistungen einzugehen. Die drei Tätigkeitsschwerpunkte sind: Technische Hilfe durch Evaluierungsstudien für die Institutionen der Mitgliedstaaten und Verwaltungsbehörden; Übernahme des Ressourcenmanagements für die nachhaltige Stadtentwicklung im Auftrag dieser Institutionen; maßgeschneiderte technische Hilfe und Beratungsleistungen, um in erster Linie europäische Städte und Regionen bei der Errichtung und Verwaltung von Stadtentwicklungsfonds zu unterstützen. ■

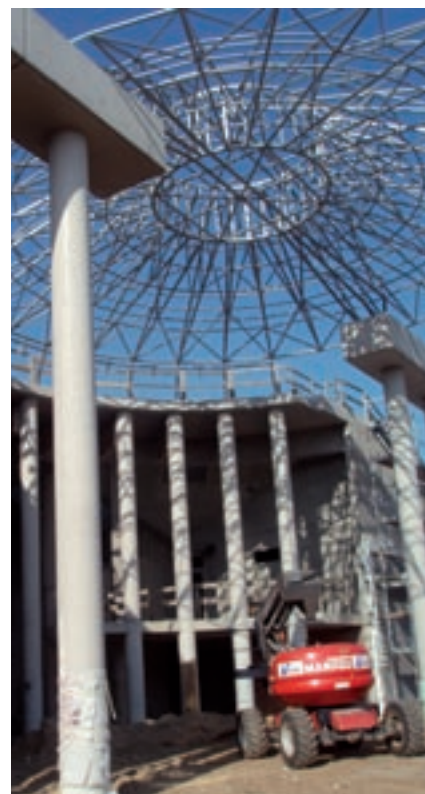


¹ Stadtentwicklungsfonds (SEF) investieren in öffentlich-private Partnerschaften und andere Projekte, die Teil integrierter Pläne für die nachhaltige Stadtentwicklung sind. Holdingfonds werden für Investitionen in mehrere SEF eingerichtet.

Initiative **JASPERS** wird flügge

Nach einem beeindruckenden Anstieg der Tätigkeit im Jahr 2008 hat die Initiative JASPERS (Joint Assistance to Support Projects in European Regions – Gemeinsame Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen), die Partnerschaft für technische Hilfe zwischen der Europäischen Kommission, der EIB, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 ihre Arbeit im Interesse der zwölf unterstützungsberechtigten EU-Mitgliedstaaten weiter ausgebaut.

Daniela Sacchi-Cremmer, Direktion Projekte/JASPERS



Zwischen Januar und September 2009 brachte JASPERS 72 Projekte zum Abschluss. Seit Aufnahme ihrer Tätigkeit im Jahr 2006 hat die Initiative JASPERS 179 Aufträge abgeschlossen, und zum 30. September 2009 befanden sich 445 aktive Projekte in Durchführung.

Das JASPERS-Portfolio, dessen Aufteilung auf die betreffenden Mitgliedstaaten in etwa ihrem Beitrag zur Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts entspricht, verteilt sich auf fünf Sektoren: Straßen, Häfen, Flughäfen und Eisenbahnen; Wasser- und Abwasserwirtschaft; Festmüllentsorgung und Energie; städtische Infrastruktur und Dienstleistungen; Telekommunikations-, Kultur- und FuE-Infrastruktur.

Von den 35 Projekten, die im September 2009 von der GD REGIO in den zwölf neuen EU-Mitgliedstaaten genehmigt wurden, werden 30 von JASPERS unterstützt.

JASPERS ermutigt die zwölf unterstützungsberechtigten Mitgliedstaaten, so bald wie möglich in Brüssel weitere Zuschussanträge zu stellen und darauf zu achten, dass diese Anträge den Anforderungen der Europäischen Kommission entsprechen. Ziel ist es letztendlich, die Inanspruchnahme der EU-Strukturfondsmittel zu fördern und auf diese Weise zukünftige Investitionen anzuregen.

Ein Schlüsselakteur auf EU-Ebene

Das von der Europäischen Kommission am 26. November 2008 angekündigte Europäische Konjunkturprogramm beinhaltet auch Maßnahmen für die weitere Unterstützung der Kohäsionspolitik.

Im Mai 2009 fand ein erstes Treffen der Interessengruppen in Krakau, Polen, statt. In Zukunft werden noch weitere Treffen dieser Art abgehalten werden, da sie einen

wertvollen Informationsrückfluss ermöglichen.

Die starke Erhöhung der Zahl und der Komplexität der Aufträge und die fortgesetzte Unterstützung von Projekten durch JASPERS nach Einreichen der Zuschussanträge bei der GD REGIO wirken sich wesentlich auf die Ressourcen des Programms aus. Deshalb werden derzeit zusätzliche Fachleute und Assistenten eingestellt, die im vierten Quartal 2009 ihre Arbeit in den JASPERS-Regionalbüros (Bukarest, Wien und Warschau) aufnehmen werden. ■

Hauptziel der Gemeinsamen Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen (JASPERS) ist es, den Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union in den Jahren 2004 und 2007 beigetreten sind, technische Unterstützung anzubieten, damit sie die von der EU für die Umsetzung ihrer Kohäsionspolitik im Zeitraum 2007-2013 bereitgestellten Zuschussmittel in Höhe von 347 Mrd EUR wirksamer einsetzen können. JASPERS bietet in allen Phasen des Projektzyklus – von der Ermittlung eines Projekts bis hin zur Beantragung von Zuschüssen bei der Kommission – umfassende Unterstützung. JASPERS ist auf der Basis von Länderaktionsplänen tätig, die jährlich für jeden Mitgliedstaat in Zusammenarbeit mit dem betreffenden Staat vereinbart werden. Eine Verwaltungsbehörde fungiert als zentrale Koordinationsstelle für das jeweilige Land und kann Unterstützung durch JASPERS beantragen. Während der Vorbereitung der jährlichen Länderaktionspläne arbeitet JASPERS eng mit der Kommission und den Mitgliedstaaten zusammen und hilft letzteren dabei, ausgereifte Projektvorschläge zu unterbreiten, die den Anforderungen der EU entsprechen, sowie bei der Ermittlung von Projekten, die für eine Unterstützung in Frage kommen.

FuE und die Finanzierung von Innovationen in Europa

EIB-Konferenz 2009 zu Wirtschafts- und Finanzfragen

Am Donnerstag, dem 22. Oktober, organisierte die EIB als Gastgeber die Konferenz 2009 zu Wirtschafts- und Finanzfragen. Thema der Konferenz war „FuE und die Finanzierung von Innovationen in Europa“. Sie wurde von Präsident Maystadt eröffnet, und Vizepräsident Sakellaris führte den Vorsitz. Dank einer beeindruckenden Palette von Rednern war die Konferenz sehr gut besucht.

Hubert Strauss, Abteilung Wirtschafts- und Finanzstudien

In seiner Eröffnungsansprache hob **Philippe Maystadt** die zunehmend wichtige Rolle der Investitionen in wissensbasierte Aktivitäten, die zu Wirtschaftswachstum führen, und somit der Operationen der EIB hervor. Bei der Konferenz wurde die makroökonomische Bedeutung von Forschung und Entwicklung (FuE) sowie Innovation untersucht. Darüber hinaus wurden mögliche Gründe genannt, warum Märkte allein eine Tendenz zur Unterinvestition in FuE aufweisen, und Möglichkeiten diskutiert, wie die öffentliche Politik dieses Problem angehen könnte.

Hubert Strauss von der Abteilung Wirtschafts- und Finanzstudien der EIB leitete die Sitzung zum Thema *Immaterielles Kapital – Fakten und Zahlen* ein. Dabei zeigte er, dass der Geschäftssektor der EU über geringere wissenschaftliche und technische Fachkenntnisse (das sogenannte FuE-Kapital) verfügt als der Geschäftssektor in den USA und in Japan und dass diese Kenntnisse zudem ungleich auf die verschiedenen EU-Länder und Wirtschaftszweige verteilt sind. **Bart van Ark**, Chefvolkswirt bei der globalen Forschungsorganisation The Conference Board,

hob hervor, dass sonstige immaterielle Vermögenswerte wie beispielsweise architektonische Gestaltung, Markenwert und organisatorische Veränderung ebenfalls das Wachstum beeinflussen. Er stellte für ein Dutzend Länder eine Reihe von umfassenden Investitionen in immaterielle Vermögenswerte vor, darunter neue Ansätze für Österreich, die Tschechische Republik, Dänemark, Griechenland und die Slowakische Republik. Dies zeigt, dass immaterielles Kapital eine wichtige Triebfeder für das Wachstum in Ländern ist, die sich an der Technologiegrenze oder in deren Nähe befinden, während es in weniger fortgeschrittenen Ländern bisher von begrenzter Bedeutung ist.

Die wesentliche Erkenntnis der Präsentation von **Werner Röger** (Europäische Kommission, GD ECFIN) war, dass Budgethilfe für FuE nicht ausreicht, um den Produktivitätsrückstand der EU gegenüber den USA aufzuholen. Überdies sind politische Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen erforderlich, wie beispielsweise eine Senkung der Markteintrittskosten, eine Verringerung der Risikoaufschläge für immaterielle Vermögenswerte und eine Erhöhung des Angebots an hoch qualifizierten Fachkräften. Zusammen werden diese Maßnahmen es ermöglichen, die Produktivitätslücke zwischen der EU und den USA halb zu schließen. Wenn mehr erreicht werden soll, muss die EU den Wettbewerb im Dienstleistungssektor ankurbeln und die Qualität des Hochschulwesens steigern.

Das Thema Wissensspillover stand im Mittelpunkt der zweiten Sitzung, deren Gegenstand die *Wirtschaftlichkeit* von FuE war. **Kristian Uppenberg**, Senior Economist der Abteilung Wirtschafts- und Finanzstudien, führte in die



Plutarchos Sakellaris (EIB-Vizepräsident), Philippe Maystadt (EIB-Präsident)

Sitzung mit der Erklärung ein, dass Unternehmen in FuE investieren, um Geld zu verdienen und zu überleben. Er wies jedoch darauf hin, dass Wissensspillover dennoch zu einer allgemeinen Unterinvestition führen können.

Politische Korrekturmaßnahmen können verschiedene Formen annehmen. **Dirk Czarnitzki** von der Universität Löwen nahm Kooperationen zwischen Forschung und Industrie unter die Lupe und präsentierte neue Ergebnisse für Belgien und Deutschland. Er kam zu dem Ergebnis, dass private Unternehmen, die mit wissenschaftlichen Instituten zusammenarbeiten, tendenziell mehr in FuE investieren als Firmen, die mit anderen Firmen zusammenarbeiten. Ferner stellte er fest, dass subventionierte Kooperationen zwischen Wissenschaft und Industrie noch FuE-intensiver sind. **Jacques Mairesse** (UNU Maastricht und CREST Paris) analysierte die Wirksamkeit der FuE-Steuerergutschrift, die es einem Unternehmen erlaubt, einen Teil seiner FuE-Aufwendungen steuerlich abzusetzen. Die FuE-Steuerergutschrift bewirkt im Allgemeinen, dass Unternehmen mehr in FuE investieren, als dies gewünscht wird. Dabei gibt es jedoch zwischen den einzelnen Ländern große Unterschiede.

Führt aber die zusätzliche FuE zu mehr Patentrechten und anderen Rechten, die Innovationen schützen? **Bruno van Pottelsberghe** (ULB Brüssel) stellte eine neue Sektorspektive hinsichtlich der Rolle der FuE bei der Patentgenerierung vor. Mehr FuE hat mehr Patente zur Folge, aber das Verhältnis ist nicht sehr ausgeprägt: Patentanmeldungen sind ein ungenaues Maß für die Produktivität von Forschung, da die Neigung, Patentschutz zu beantragen, von geistigen Eigentumsrechten, der Tätigkeit auf internationalen Märkten und anderen länder- und branchenspezifischen Faktoren abhängt. Man muss die zunehmende Neigung, Patente anzumelden, schon eingehender analysieren, um ein „klares“ Bild von der FuE-Produktivität zu erhalten.

Thema der Nachmittagssitzung war die *Finanzierung von Innovationen*. **Bronwyn Hall** (UC Berkeley) leitete die Sitzung ein, indem sie zeigte, dass Moral Hazard und asymmetrische Information zwischen innovativen Unternehmen und Geldgebern das Angebot an Fremdkapital für neue innovative Firmen verringern. Zudem verfügen innovative Unternehmen in erster Linie über immaterielles Anlagevermögen, das nur schwer als Sicherheit verwendbar ist. Deshalb fällt bei der Finanzierung von Innovationen die Wahl in den meisten Fällen auf Eigenkapital. **Laura Bottazzi** (Universität Bologna) diskutierte die Rolle

von Risikokapital bei der Finanzierung neuer dynamischer Unternehmen. Ihrer Meinung nach wird Risikokapital in Europa im Gegensatz zu den USA nicht mit besonders dynamischen Unternehmen assoziiert. Ein Schlüsselfaktor für die Effektivität von Risikokapital ist das Humankapital. Postgraduiertenstudien und Berufserfahrung wirken sich auf das Engagement der Risikokapitalgeber und den von ihnen bewirkten Zusatznutzen aus. Im Laufe der Zeit scheinen sich jedoch die Investmentstrategien bei Risikokapitalfinanzierungen in der EU denen in den USA anzunähern.

Jacques Darcy vom Europäischen Investitionsfonds erörterte Trends im Bereich Technologietransfer, in dem ebenfalls sowohl Finanzierungen als auch unternehmerisches Know-how notwendig sind. Gestützt auf die Erfahrungen des EIF wies er auf die Risiken und den Kapitalbedarf hin, der in der Übergangsphase zwischen universitärer Forschung und unternehmerischer Innovation besteht. Er bewertete neue Finanzierungsinstrumente, die dazu beitragen, die Anreize für Erfinder, Unternehmer und Investoren anzugleichen. **Dietmar Harhoff** (Universität München) erklärte, dass Patente nicht nur dem Schutz des geistigen Eigentums dienen, sondern auch als Sicherheiten genutzt werden können. Patente sind als Vermögenswerte in Patentfonds eingesetzt worden, die sich um eine Kommerzialisierung von Patentrechten bemühen. Patentauktionen sind Anzeichen für einen aufstrebenden Markt für patentierte Technologie, dessen Entwicklung von einer angemessenen Gestaltung der Patentsysteme abhängt.

In seinen abschließenden Bemerkungen erinnerte EIB-Vizepräsident **Plutarchos Sakellaris** die Konferenzteilnehmer daran, dass ein gutes Verständnis von Kompetenzbildung und Innovation von wesentlicher Bedeutung ist, um langfristig einen hohen Lebensstandard sicherzustellen. Große Akteure wie die EU müssen eine Vorreiterrolle bei der Bewältigung der politischen Herausforderungen spielen, und Aufgabe der EIB-Gruppe ist es,

zur Milderung von Finanzierungsproblemen beizutragen.

Die Präsentationsfolien können auf der Website der EIB abgerufen werden. Die vollständigen Artikel werden in Band 14 der *EIB Papers* erscheinen und im Dezember veröffentlicht werden. ■



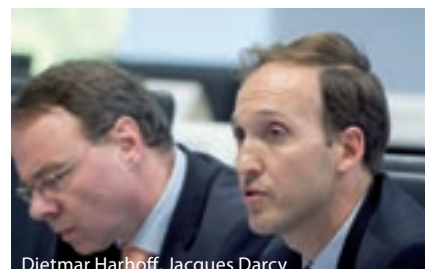
Bronwyn H. Hall



Eric Perée, Jacques Mairesse, Dirk Czarnitzki



Bart van Ark



Dietmar Harhoff, Jacques Darcy



Kristian Uppenberg, Eva Srejber (EIB-Vizepräsidentin), Hubert Strauss, Bart van Ark, Plutarchos Sakellaris (EIB-Vizepräsident)

ELENA:

Unterstützung für nachhaltige Energieprojekte der Städte und Regionen

Das Energie- und Klimaschutzpaket der EU hat das Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen in der Union um mindestens 20% zu verringern, den Energieverbrauch um 20% zu senken und den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch bis 2020 auf 20% zu steigern. Dieser EU-Aktionsplan wird auch als „20-20-20“-Initiative bezeichnet. Da die Akteure auf der lokalen Ebene bei der Verwirklichung dieser energiepolitischen Ziele eine entscheidende Rolle spielen, haben die EU und die EIB eine Europäische Energie- und Klimaschutzinitiative vereinbart, die vor allem auf Städte und Gemeinden ausgerichtet ist. Ziel ist die Finanzierung von Projekten, die zur Verbesserung der Energieeffizienz beitragen oder den Einsatz von erneuerbaren Energien betreffen. Die Initiative bietet technische Hilfe begleitend zu Bankfinanzierungen an.

Auf städtische Gebiete entfallen etwa 70% des Energieverbrauchs der EU. Zu den wichtigsten Punkten des EU-Aktionsplan für Energieeffizienz¹ gehört daher die Einrichtung des sogenannten Konvents der Bürgermeister/Innen, dessen Schwerpunkt das erhebliche Investitionspotenzial der Städte und Regionen ist. Investitionen der Gebietskörperschaften in nachhaltige Energieprojekte werden die lokale Wirtschaft fördern, die Lebensqualität der Bürger verbessern und zur Eindämmung des Klimawandels beitragen.

Um die Mobilisierung von Mitteln für Investitionen in nachhaltige Energieprojekte der Städte und Regionen zu erleichtern, haben die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank eine Fazilität für technische Hilfe unter dem Namen ELENA eingerichtet. Die Mittel hierfür werden aus dem Programm Intelligente Energie Europa² bereitgestellt. Finanzierungen im Rahmen von ELENA decken einen Teil der Kosten der technischen Hilfe, die notwendig ist, um das Investitionsprogramm vorzubereiten, durchzuführen und zu finanzieren. Solche technische Hilfe betrifft z.B. Machbarkeits- und Marktstudien, die Strukturierung von Programmen, Geschäftspläne, Energieprüfungen, Vorbereitung für Vergabeverfahren – kurz, alles was notwendig ist, damit die nachhaltigen Energieprojekte der Städte und Regionen eine Finanzierung aus EIB-Mitteln erhalten können.

Für eine Unterstützung in Frage kommende Investitionsprogramme

Viele Städte und Regionen in der EU haben kürzlich damit begonnen, umfassende Initiativen in den Bereichen Energieeffizienz und



erneuerbare Energien vorzubereiten oder anzustoßen, um ihren Energieverbrauch zu verringern und auf das Problem des Klimawandels einzugehen. Viele dieser Maßnahmen sind jedoch noch in der Planungsphase, und ihre Umsetzung erweist sich als schwierig. Der Grund ist, dass viele Regionen und Städte – vor allem die mittelgroßen bis kleinen – oft nicht die fachliche Kapazität haben, um große Programme in diesem Bereich zu entwickeln. Hier hilft ELENA den öffentlichen Stellen durch das Angebot von spezifischer Unterstützung für die Umsetzung ihrer Investitionsprogramme und Projekte. Für eine Förderung in Frage kommen z.B. der Umbau von öffentlichen und privaten Gebäuden, nachhaltiges Bauen, energieeffiziente Fernwärmenetze und Kühlsysteme, umweltfreundlicher Verkehr usw..

Kontaktaufnahme mit der EIB

Die Unterstützung im Rahmen von ELENA kann den Zugang zu einer Finanzierung der EIB oder einer anderen Bank erleichtern. ELENA wird von der EIB verwaltet. Interessenten können sich in einer beliebigen Form an die EIB wenden – telefonisch, per Fax, E-Mail oder Brief (vorzugsweise jedoch per E-Mail an elena@eib.org). Beim ersten Kontakt benötigt die EIB die folgenden Angaben: Kurzbeschreibung des geplanten Vorhabens (z.B. Art des Vorhabens, Durchführungskonzept), voraussichtliche Projektkosten und Zeitplan für das Programm sowie Betrag, Umfang und wichtigster Bedarf, der durch die beantragte technische Hilfe abgedeckt werden soll. ■

Bram Schim van der Loeff
Hauptabteilung Kommunikation

¹ http://ec.europa.eu/energy/action_plan_energy_efficiency/doc/com_2006_0545_en.pdf

² http://ec.europa.eu/energy/intelligent/index_en.html

Botschafter von **AKP-Staaten** zu Besuch am Hauptsitz der EIB in Luxemburg



AKP-Botschafter, Catherine Collin, Philippe Maystadt, Martin Curwen

Im Juli 2009 besuchten Botschafter von 30 Ländern Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP) den Hauptsitz der EIB in Luxemburg. Dabei wurde ihnen vom Spitzenmanagement bestätigt, dass die Bank die strategischen Investitionsvorhaben der AKP-Staaten trotz ihres im Zuge der Krise beschränkten Zugangs zu Finanzierungen weiterhin unterstützen wird. Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung war die Entschlossenheit der EIB, die Investitionsfazilität erfolgreich umzusetzen, sowie die bevorstehende Revision des Abkommens von Cotonou zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten. ■

Verleihung des **EIB-ERSA-** **Preises 2009** an Professor Paul Cheshire

Luisa Ferreira, Koordinatorin der Aktion der EIB zur Förderung der Universitätsforschung

Die EIB, vertreten durch Hugo Woestmann als Mitglied des EIB-Universitätsausschusses, hat Professor Paul Cheshire, Professor Emeritus of Economic Geography der London School of Economics, am 25. August im polnischen Lodz den zweiten EIB-ERSA-Preis für regionalwissenschaftliche Forschung verliehen. Die Preisverleihung fand anlässlich des 49. Kongresses der European Regional Science Association statt. Mit dem EIB-ERSA-Preis werden seit 2008 herausragende Beiträge von Wissenschaftlern zur Förderung der Regionalwissenschaften und damit verbundener Studien ausgezeichnet. Er wird jedes Jahr auf Empfehlung einer unabhängigen Jury verliehen, der sechs bedeutende Regionalwissenschaftler angehören. In diesem Jahr ging der Preis an Professor Paul Cheshire für seinen herausragenden Beitrag zur Ökonomie der Bodenmärkte und zur Stadt- und Regionalentwicklung in Europa. ■



Darlehen für Offshore-Windpark Belwind in Belgien

EIB leistet Beitrag zur Bekämpfung der Finanzklemme

Die EIB hat kürzlich erstmals eine Finanzierungsvereinbarung für den Bau eines Offshore-Windparks unterzeichnet, bei der kein Rückgriffsrecht besteht. Bei dem Projekt handelt es sich um den ersten großen Offshore-Windpark in Belgien. Mit dieser Operation schafft die Bank einen wichtigen Präzedenzfall. Der Finanzierungsbeitrag ist für die erste Phase des Windparks Belwind bestimmt, der derzeit 47 km vor der belgischen Küste bei Zeebrügge errichtet wird. Er umfasst 55 große Windturbinen und ein 55 km langes Unterseekabel, das den Windpark an das Stromnetz auf dem Festland anschließen wird. Mit einer installierten Kapazität von insgesamt 165 MW kann der Windpark rund 120 000 Haushalte mit Strom versorgen.

Melchior Karigl, Direktion Finanzierungen in der Europäischen Union und Belwind-Projektteam

Auch die Ausdehnung des Windparks an sich ist beachtlich. Er wird sich über eine Fläche von etwa 15 km² erstrecken und damit so groß wie rund 2 150 Fußballfelder sein. Die Turbinen werden auf Stahlpfeilern installiert, die in einer Wassertiefe von bis zu 30 Metern verankert sind. Jeder Pfeiler ist mehr als 70 m hoch, hat einen Durchmes-

ser von 5 m und wiegt rund 500 t. Die Windräder erreichen eine maximale Höhe von 160 m über dem Meeresspiegel und sind damit etwas höher als die zweite Aussichtsplattform des Eiffelturms. Das Projekt steht mit dem nationalen und dem gemeinschaftlichen Ziel in Einklang, die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern zu fördern, und entspricht



damit auch den vorrangigen Zielen der Bank im Energiesektor.

Das Haupthindernis im Bereich erneuerbare Energieträger besteht darin, dass infolge der Krise im Bankensektor seit vergangenem Herbst keine ausreichenden Finanzierungsmittel für solche Projekte zur Verfügung stehen. Viele Projektentwickler und Projektträger mussten die Umsetzung ihrer Vorhaben verschieben, und manche suchten dringend nach finanzstarken Unternehmen oder Versorgern, die bereit waren, die Anlagen zu kaufen. So ging es auch Econcert, einem großen europäischen Entwickler von Windkraftanlagen mit Sitz in den Niederlanden. Der ehemalige Eigentümer des Projekts Belwind musste Anfang 2009 Konkurs anmelden, als er sich mitten in den Verhandlungen über die Projektfinanzierung befand. Dadurch wurde die Finanz- und Rechtsstruktur von Belwind noch komplexer.

Econcert konnte keine weiteren Eigenmittel in das Projekt einbringen und war darüber hinaus gezwungen, seine Minderheitsbeteiligung am Belwind-Projekt zu verkaufen, um im Rahmen des Konkursverfahrens seine ausstehenden Verbindlichkeiten zu decken. Daher musste schnell ein großer Finanzinvestor für Belwind gefunden werden, um größere Verzögerungen bei den (nur bei schönem Wetter durchführbaren) Bauarbeiten zu vermeiden und die Verfügbarkeit von Installationsschiffen zu gewährleisten. Ein neuer Geldgeber fand sich dann auch rasch, so dass das Projekt trotz der schwierigen Marktbedingungen mit nur geringer Verzögerung fortgesetzt werden konnte. Zu einer endgültigen Einigung über eine für alle Parteien akzeptable Finanzierungsstruktur und Risikoverteilung gelangte man im Juli 2009. Sie wurde nach einem Verhandlungsmarathon von 3 Tagen und Nächten erzielt, an dem rund 60 Banker, Juristen, Berater und Investoren beteiligt waren.

Bei diesem Projekt, dem weitere folgen sollen, war der Finanzierungsbeitrag der Bank angesichts des Projektumfangs und der Marktbedingungen von entscheidender Bedeutung. Die Bauarbeiten für Belwind haben bereits im August begonnen und sollen Anfang 2011 abgeschlossen sein. Die Projektkosten werden auf insgesamt 613,9 Mio. EUR veranschlagt. Sie sollen zu 70% mit vorrangigen Fremdmitteln und zu 30% mit Eigen- und Mezzanine-Kapital finanziert werden. Die EIB stellte fast 50% der Finanzierungsmittel zur Verfügung, davon 150 Mio. EUR unter Übernahme von Projektrisiken und 150 Mio. EUR mit einer

Garantie der dänischen Exportkreditagentur EKF. Weitere Darlehensgeber waren Rabobank, Dexia und ASN, eine staatliche Bank der Niederlande.

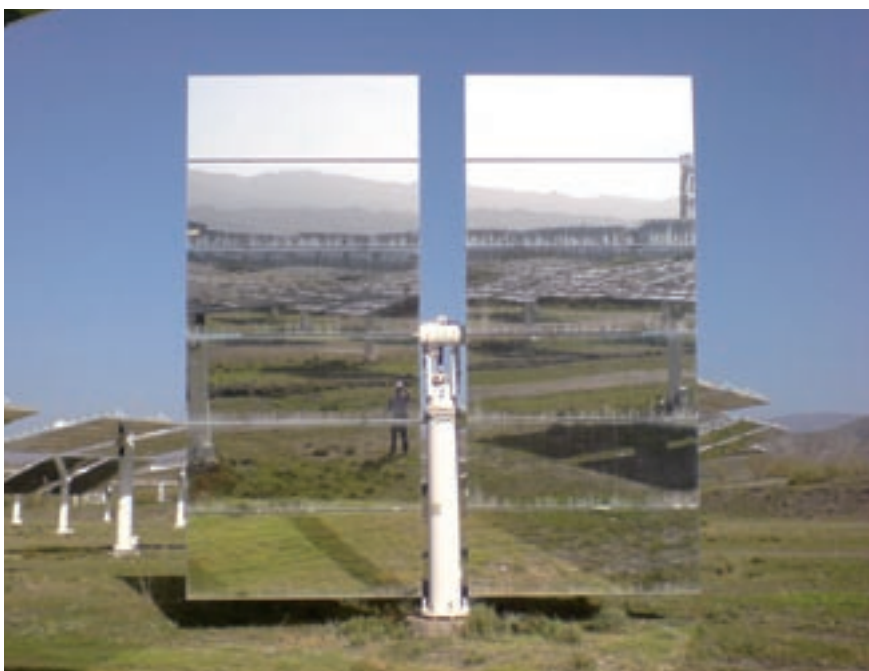
Von Belwind geht ein wichtiges Signal aus – sowohl für den europäischen Offshore-Energiesektor allgemein als auch für die Förderung erneuerbarer Energieträger in Belgien. Die EIB hat mit ihrem Finanzierungsbeitrag für Belwind Anerkennung gefunden und wurde im September 2009 von Euromoney als „Lender of the Year“ zugunsten erneuerbarer Energieträger ausgezeichnet. ■



GEMASOLAR, das jüngste innovative Solarkraftwerk mit Bündelung der Direktstrahlung (CSP)

In den vergangenen fünf Jahren waren bei der Energieversorgung aus erneuerbaren Energieträgern in Spanien spektakuläre Wachstumsraten von jährlich über 200% zu verzeichnen. Zurückzuführen ist dies auf die starke Unterstützung durch die Regierung (durch die Einführung einer stabilen Einspeisevergütung) und die Bemühungen spanischer Unternehmen im Bereich der Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI).

Gratianne Dascon, Abteilung
Operationen in Spanien – Kreditinstitute und
Unternehmen



Das Projekt Gemasolar ist das jüngste hoch innovative Projekt in einer Reihe von sieben Solarkraftwerken, bei denen die CSP-Technik (Concentrating Solar Power - Bündelung der Direktstrahlung) zum Einsatz gelangt und die von der Bank seit 2005 mit Finanzierungsbeiträgen unterstützt wurden. Dieses anspruchsvolle Projekt ebnet einer neuen Technologie der thermischen Energiegewinnung den Weg, die eine effizientere Alternative zu den kommerziellen Parabolkraftwerken darstellt.

Der Projektträger, Torresol Energy Investment SA, ist ein Joint Venture zwischen dem mittelgroßen spanischen Anlagenbauer Sener, der umfangreiche FEI-Aktivitäten betreibt, und dem Staatsunternehmen Mubadala (über die Zweckgesellschaft Masdar), das vollständig von Abu Dhabi gehalten wird. Das Joint Venture wurde mit dem Ziel gegründet, mit Kraftwerken in Südeuropa, Nordafrika, im Nahen Osten und im Südwesten der USA (auch „Sonnengürtel“ genannt) Weltmarktführer im Bereich CSP-Technik zu werden.

Das Projekt fügt sich in die Strategie der Bank ein, die Unterstützung innovativer kommerzieller Kraftwerke mit FuE-Darlehen an Unternehmen zu kombinieren, die nachweislich in der Lage sind, technische Entwicklungen voranzubringen.

Das Projekt Gemasolar umfasst die Errichtung eines CSP-Kraftwerks, bei dem die neueste Technologie zum Einsatz kommt, die auf einem zentralen Absorber (oder Solarturm) beruht. CSP-Systeme produzieren Wärme oder Strom mit Hilfe von Hunderten von Spiegeln, die das Sonnenlicht bündeln. Dabei werden in der Regel Temperaturen zwischen 400°C und 1 000°C erreicht. Um das Sonnenlicht zu sammeln und zu bündeln und es dann zur Erzeugung von Dampf mit mittleren bis hohen Temperaturen zu verwenden, stehen verschiedene Technologien zur Verfügung. Dazu zählen etwa Parabolrinnenkollektoren (wie sie bei anderen von der Bank in Spanien finanzierten Projekten verwendet werden), Solartürme mit Absorbern (Receivern), Paraboloidspiegel oder Fresnel-Spiegelkollektoren (Linienkonzentratoren). Die EIB prüft und beurteilt Projekte, die diese vier Technologien abdecken.

Gemasolar befindet sich in Sevilla (Spanien) und verfügt über eine Leistung von 17 Megawatt (MW). Es handelt sich hier um den weltweit ersten kommerziellen Einsatz eines CSP-Kraftwerks auf der Grundlage der Zentralturmtechnologie, bei der Salzschnmelze zur Wärmeübertragung und -speicherung verwendet wird. Dagegen wurden bei anderen Projekten synthetische

Öle oder Wasser als Wärmeträgerflüssigkeiten verwendet. Eine weitere wichtige technologische Neuerung wird das Sonnenkollektorsystem sein. Im Projekt ist ein Hochtemperatur-Wärmespeichersystem (bis zu 15 Stunden) vorgesehen, um die erwartete Stromentnahme nachts und in einstrahlungsschwachen Zeiten, etwa bei Bewölkung, zu ermöglichen.

Die weltweite Führungsrolle der Europäischen Union bei der Entwicklung der CSP-Technik ist zum einen den umfangreichen FuE-Initiativen von Unternehmen wie etwa Sener und Abengoa aus Spanien oder dem deutschen Unternehmen Solar Millenium und zum anderen den verlässlichen Tarifstrukturen (etwa in Spanien, Frankreich und Italien) zu verdanken. Um Investitionen in erneuerbare Energien zu fördern, schuf die spanische Regierung im Jahr 2004 Anreize durch ein stabiles Einspeisevergütungssystem, zu dem auch eine Tarifsübsvention gehört, um die Projekte bankfähig zu machen. Dies hatte zur Folge, dass nun in Spanien CSP-Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von mehr als 1 000 MW entwickelt und gebaut werden. Kommerzielle Kraftwerke mit einer Leistung von 131 MW wurden bereits in Betrieb genommen (weltweit beträgt die Leistung derzeit etwa 560 MW). Für Gemasolar wird das Real Decreto (RD) 661/2007 (bzw. das entsprechende Nachfolgegesetz) gelten, in dem die Einspeisever-

gütung für die Dauer von 25 Jahren garantiert wird. Damit ist die finanzielle Tragfähigkeit des Projekts gesichert.

Eine Standardbesicherung für Projektfinanzierungen (Verpfändung von Aktien des Darlehensnehmers, Verpfändung von Bankkonten, Verpfändung von Rechten aus Projektverträgen) sowie starke Garantien, die der EPC-Auftragnehmer (EPC = Engineering, Procurement, Construction) und die Projektträger bzw. Anteilseigner stellen, sind wesentliche Faktoren für die Verbreitung dieser Technologie.

Die Entwicklung von CSP-Technologien gehört zu den vorrangigen Zielen des europäischen Strategieplans für Energietechnologie. Das Projekt fördert die Entwicklung einer potenziell wertvollen Technologie zur Nutzung erneuerbarer Energieträger und trägt somit zu den Zielen der EU in diesem Bereich bei. Die Entwicklung und Verbesserung der CSP-Technologie, die Erhöhung der Leistung einzelner Kraftwerke, der Wettbewerbsdruck, die Wärmespeicherung, neue Wärmeträgerflüssigkeiten sowie ein verbesserter Betrieb und eine bessere Instandhaltung dürften in weiterer Folge die Kosten des durch CSP erzeugten Stroms senken. Damit wird er schon bald wettbewerbsfähig gegenüber der Wärmeerzeugung in mittelgroßen Gaskraftwerken. ■



EIB unterstützt Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg

Die EIB hat eines der größten Infrastrukturdarlehen in Europa unterzeichnet. Das Projekt betrifft den Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg, durch den die deutsche Hauptstadt zur Drehscheibe für den internationalen Flugverkehr werden soll. 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer wird dieses Projekt der deutschen Einheit zum Ausbau der transeuropäischen Netze beitragen.

Die EIB hat für den Bau des Flughafens ein Darlehen von 1 Mrd EUR genehmigt. Weitere 1,4 Mrd EUR werden von mehreren deutschen Banken bereitgestellt (darunter die KfW IPEX-Bank, die Investitionsbank Berlin IBB, die Investitionsbank des Landes Brandenburg ILB, die Landesbank Berlin, die Nord LB, die DZ Bank und die Berliner Volksbank). Damit handelt es sich um eine der größten Infrastrukturfinanzierungen in Europa. Das Darlehen trägt dazu bei, den bestehenden Flughafen Berlin-Schönefeld zu einer großen Verkehrsdrehscheibe umzubauen und zu modernisieren.

„Mit dem Darlehen für den neuen Flughafen Berlin-Brandenburg International Airport (BBI) beteiligt sich die EIB an einem wichtigen Projekt der deutschen Einheit. Der BBI ist der Flughafen der deutschen Hauptstadt und des Großraums Berlin-Brandenburg, und er ist Teil der transeuropäischen Netze. Daher räumt die EIB dem Projekt besonderen Vorrang ein“, erläuterte EIB-Vizepräsident Matthias Kollatz-Ahnen anlässlich der Unterzeichnung des zweiten Darlehensvertrags am 1. Juli 2009. Der erste Darlehensvertrag über 400 Mio EUR war bereits im Dezember 2008 unterzeichnet worden. Der nun unterzeichnete zweite Vertrag betrifft die verbleibenden 600 Mio EUR.

Das Darlehen der EIB trägt dazu bei, den BBI mit genügend Kapazität auszustatten, um

die infolge der Schließung der zwei innerstädtischen Flughäfen Tegel und Tempelhof erwartete Zunahme des Flugverkehrs aufnehmen zu können. Aufgrund der historischen Entwicklung und der Teilung Berlins während des kalten Krieges hat die Stadt ein Flughafensystem mit zwei Flughäfen in der Stadt (Tegel und Tempelhof) und einem Flughafen außerhalb der Stadt (Schönefeld). Durch das Projekt soll ein einziges Flughafen-Drehkreuz entstehen, das den gesamten Flugverkehr der Region Berlin und Brandenburg aufnimmt.

Gleichzeitig wird der Flugverkehr an einem Ort am Stadtrand konzentriert, was sich sehr positiv auf die Umwelt und die Sicherheit der Einwohner Berlins und Brandenburgs auswirken wird. Die Bank erwartet weitere positive Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung in anderen Regionen Ostdeutschlands, die als EU-Konvergenzregionen besonders im Fokus der EIB stehen. Diese Regionen werden von einer besseren Erreichbarkeit auf dem Luftweg sowie von den direkt und indirekt geschaffenen Arbeitsplätzen profitieren.

Die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Projektes basiert auf vorsichtigen Annahmen zur Verkehrsentwicklung unter Berücksichtigung der geplanten Einbeziehung des zivilen Luftverkehrs in den CO₂-Emissionshandel als eine den Flugverkehr verteuernde ökologische Lenkungsmaßnahme. Selbst wenn unberücksichtigt bleibt, dass wesentlich weniger Einwohner durch Fluglärm belästigt werden und dem Risiko von Flugunfällen ausgesetzt sind, erzielt das Projekt eine gute volkswirtschaftliche Rentabilität. Bei der Prüfung des Projekts wendet die EIB dieselben strengen Kriterien an wie bei der Finanzierung anderer Flughäfen in Europa. ■



EIB unterstützt Projekte zum Hochwasserrisikomanagement

Zwar sind Überschwemmungen Naturereignisse, die sich nicht vollständig verhindern lassen, doch können die damit verbundenen Risiken gemindert werden. In diesem Jahrzehnt war Europa mehr als 160 Mal von großen Überschwemmungen betroffen, unter anderem im Sommer 2002 an Donau und Elbe sowie im Nordkaukasus, im Sommer 2005 in den Alpen, im Frühjahr 2006 an der Donau, im Jahr 2007 im Vereinigten Königreich und im Sommer 2009 in der Tschechischen Republik. Bei diesen Flutkatastrophen kamen mehr als 700 Menschen ums Leben, eine halbe Million mussten ihre Häuser verlassen und es entstand ein wirtschaftlicher Schaden von mindestens 25 Mrd EUR.

Christoph Gleitsmann, Direktion Projekte, Abteilung Wasser und Umweltschutz

In den vergangenen Jahren sind derartige Überschwemmungen in Europa und in anderen Regionen der Welt häufiger geworden. Auch ihr Ausmaß hat zugenommen. Die Experten des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) und der Europäischen Umweltagentur (EUA) sind sich darin einig, dass die Niederschlagsintensität durch den Klimawandel zunimmt und dadurch das Risiko von Sturzfluten steigt. Ferner kann der Klimawandel die jahreszeitlich bedingten Schwankungen der Flussströmung erheblich verändern. Durch den Anstieg der Temperaturen wird die Schnellfallgrenze in Nordeuropa und in Bergregionen steigen. Da die Niederschläge dort gleichzeitig immer seltener als Schnee fallen, werden im Winter immer größere



re Wassermengen in nordeuropäische und in aus Gebirgsflüssen gespeiste Flüsse wie Rhein, Rhone, Po und Donau fließen. Darüber hinaus wird die frühere Schneeschmelze dazu führen, dass die Flüsse zu einem anderen Zeitpunkt die größten Wassermengen führen. Infolge der abnehmenden Schneemengen und der Gletscherschmelze wird weniger Wasser zur Verfügung stehen, um die geringen Wassermengen im Sommer auszugleichen. In den meisten Szenarien zum Klimawandel wird jedoch davon ausgegangen, dass auf lange Sicht in Nord- und Osteuropa die jährliche durchschnittliche Wassermenge von Fließgewässern sowie die Strömungsgeschwindigkeit zunehmen werden. Hingegen wird die durchschnittliche Wassermenge südeuropäischer Flüsse den Prognosen zufolge abnehmen. Vor allem in einigen Flusseinzugsgebieten im Mittelmeerraum, in denen bereits Wasserstress herrscht, könnte das Wasserangebot deutlich abnehmen.

Da sich die meisten Flusseinzugsgebiete in Europa über Ländergrenzen hinweg erstrecken, sind konzertierte Maßnahmen auf europäischer Ebene erforderlich, um das Hochwasserrisikomanagement zu verbessern. Die Europäische Kommission hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt darum bemüht, dem Hochwas-

erschutz einen höheren Stellenwert auf der Agenda der EU-Wasserpolitik einzuräumen. Die Wasserrahmenrichtlinie wurde 2007 durch eine Hochwasserrichtlinie ergänzt, die die Mitgliedstaaten verpflichtet, a) eine Bewertung des Hochwasserrisikos für Flusseinzugsgebiete und Küstenregionen durchzuführen und b) Hochwasserrisikokarten sowie c) bis 2015 integrierte Pläne für das Management von Hochwasserrisiken zu erstellen. Ferner müssen sie ihr Hochwasserrisikomanagement für grenzüberschreitende Einzugsgebiete unter anderem auch mit Drittländern koordinieren und in gegenseitiger Rücksichtnahme auf Maßnahmen verzichten, die das Hochwasserrisiko in den Nachbarländern erhöhen würden. Diese Aktivitäten dürften nicht nur zu einem besseren Austausch von Hochwasserinformationen und zu einer besseren Koordinierung der Verhütungsmaßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten führen, sondern auch die öffentliche Beteiligung am Planungsprozess fördern und die Öffentlichkeit für Hochwasserrisiken sensibilisieren. Gestützt auf das Weißbuch der Europäischen Kommission „Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen“, das im April 2009 veröffentlicht wurde, sind weitere gemeinsame Maßnahmen auf europäischer Ebene zu erwarten.

Die EIB engagiert sich in drei Bereichen, um dem zunehmenden Risiko und dem häufigeren Auftreten von Hochwasserkatastrophen in Europa zu begegnen:

In Einklang mit den Leitlinien der EIB für die Unterstützung von Hilfsmaßnahmen nach Naturkatastrophen und ergänzend zu den Zuschussinstrumenten der EU-Kommission stellt die Bank Ländern, die von Flutkatastrophen betroffen sind, umgehend Finanzierungsmittel zur Verfügung. In den vergangenen Jahren wurden Polen, die Tschechische Republik, Deutschland, Österreich, Rumänien, Italien und Frankreich unterstützt. In solchen Fällen werden meist Rahmendarlehen gewährt, die hauptsächlich dem Wiederaufbau beschädigter Infrastruktur in verschiedenen Sektoren dienen. Ein finanzieller Zusatznutzen ergibt sich dabei aus den besonderen Darlehensbedingungen, unter anderem durch lange Laufzeiten und eine Finanzierung der in Betracht kommenden Kosten zu 100%.

Die Bank entwickelt und unterstützt Projekte im Bereich Hochwasserrisikomanagement, die darauf ausgerichtet sind, die Hochwasserrisiken weiter einzudämmen und Ballungsgebiete und wichtige Infrastruktureinrichtungen besser zu schützen. Ein vorrangiges Projekt, das die Bank mit einem Darlehen unterstützt, wird derzeit in der Tschechischen Republik durchgeführt. Das Vorhaben mit Gesamtkosten von 750 Mio EUR dient der Umsetzung der Nationalen Hochwasserschutzstrategie, mit der bis 2012 rund 800 000 Einwohner in hochwassergefährdeten Gebieten geschützt werden sollen. Bei solchen Projekten kann ein wesentlicher zusätzlicher Nutzen erzielt werden. Sie erfordern allerdings eine längere Vorbereitungszeit. Die Verfahren, die im Rahmen der ersten Durchführungsphase des tschechischen Projekts entwickelt wurden, wurden in die Verordnung des zuständigen Ministeriums betreffend künftige Vorhaben aufgenommen. Das Modell dient auch als Orientierung für andere interessierte Regierungen - vor allem in den neuen EU-Mitgliedstaaten.

Die EIB trägt zur Verbreitung bewährter Verfahren im Bereich Hochwasserrisikomanagement bei, unter anderem mit ihren Leitlinien für die Vorbereitung von Projekten im Bereich Hochwasserrisikomanagement („Guide for preparation of flood risk management projects“), die sie 2008 auf ihrer Website veröffentlicht hat. Die Leitlinien und die Aktivitäten der Bank in diesem Bereich waren Thema mehrerer Präsentationen auf Fachkonferenzen, beispielsweise auf dem Expertentreffen der EU-Wasserdirektoren im Mai 2009 in Brunn, bei dem die Umsetzung der Hochwasserrichtlinie im Mittelpunkt stand.

Die EIB beteiligt sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung von Projekten im Bereich Hochwasserhilfe und Hochwasserrisikomanagement. Für die Bank bildet der Bereich Hochwasserrisikomanagement ein zentrales Element ihrer Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel. Diesem Punkt kommt auch im Weißbuch der Kommission und bei den Vorbereitungen auf die UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen eine wesentliche Bedeutung zu. ■

Über den kurzfristigen Horizont hinausdenken

Sie ist zwar weder die größte noch die längste Autobahnstrecke, jedoch wirft die Autobahn durch den Baixo Alentejo, für deren Bau das Konsortium aus Iridium/Dragaos/Edifer den Zuschlag erhielt und für die im Januar 2009 ein Darlehensvertrag unterzeichnet wurde, ein Schlaglicht auf die wichtige Rolle der EIB dabei, Projekte auch in der aktuellen Finanzkrise zum Abschluss zu bringen.

Manuel Neto Pinto, Abteilung Finanzierungen in Portugal

Das Projekt der Autobahn durch den Baixo Alentejo umfasst den Bau bzw. die Modernisierung und Instandhaltung eines Abschnitts von etwa 344 km Länge im Südosten Portugals. Es vervollständigt das Dreieck bestehend aus dem Industriekomplex der Hafenstadt Sines, dem neuen internationalen Flughafen Beja und dem Alqueva-Stausee (dem größten künstlich geschaffenen See Westeuropas). Der größte Teil des Projekts gehört zum TEN-Verkehrsnetz. Diesem Infrastrukturvorhaben kommt eine wichtige Bedeutung zu, denn es wird die Regionalentwicklung fördern, die Zahl der Verkehrstoten auf den zu modernisierenden Straßen um über 15% senken und den Zugang zu einem Grenzübergang vereinfachen. Voraussichtlich wird das Projekt während der Bauzeit auch einen Beschäftigungseffekt von etwa 7 900 Personenjahren haben – ein wichtiger Faktor während einer Rezession.



Das Projekt soll im Rahmen eines Planungs-, Bau-, Finanzierungs- und Betriebskonzessionsvertrags mit einer Laufzeit von 30 Jahren durchgeführt werden. Vertragspartner ist das Unternehmen Estradas de Portugal, das für die Verwaltung des portugiesischen Autobahnnetzes verantwortlich ist. Wie bei den anderen jüngst vergebenen Straßenkonzessionen in Portugal ist auch für die Autobahn durch den Baixo Alentejo eine hybride Einnahmenstruktur vorgesehen. Sie beruht teilweise auf einem Verfügbarkeits- und teilweise einem Schattenmautmodell und weist einige Merkmale einer Straße mit tatsächlicher Nutzermaut auf.

Die Verhandlungsbedingungen für die Projektgesellschaften erwiesen sich als recht schwierig: Es mangelte in der Phase der Abgabe des besten und endgültigen Angebots an echtem Engagement, die anhaltende Unsicherheit an den Finanzmärkten trug ein Übriges bei und der extern vorgegebene Zeitplan war sehr straff.

Die EIB spielte eine entscheidende Rolle dabei, die Finanzierungsparameter insgesamt in einem für alle betroffenen Parteien akzeptablen Rahmen zu halten. Den Eckpfeiler der Finanzierung bildete die Bereitschaft der Bank, 50% der vor-

rangigen Fremdmittel bereitzustellen. Der gezielte Einsatz von zwei besonderen EIB-Finanzierungsinstrumenten – nämlich der Kreditgarantie für TEN-Verkehrsprojekte (LGTT) und der Fazilität für Strukturierte Finanzierungen (FSF) – sowie der reiche Erfahrungsschatz des Projektteams, dem Mitglieder aus verschiedenen Direktionen angehörten, ermöglichten es der EIB, bei der Gestaltung der Gesamtfinanzierung über den kurzfristigen Horizont hinaus zu denken.

Das LGTT ist ein innovatives Finanzinstrument, das gemeinsam von der Europäischen Kommission und der EIB entwickelt und eingeführt wurde. Es zielt darauf ab, die Beteiligung der Privatwirtschaft an der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur der transeuropäischen Netze zu erleichtern. Die Autobahn durch den Baixo Alentejo war das zweite Vorhaben, das in den Genuss einer LGTT-Garantie kam, und ist damit auch ein Zeugnis für den Pioniergeist des portugiesischen Marktes. Auch die erste LGTT-Transaktion war etwa acht Monate zuvor in Portugal durchgeführt worden (Straßenkonzession „IP4 Amarante Vila Real“).

Die Fazilität für Strukturierte Finanzierungen (FSF) wurde von der EIB mit dem Ziel einge-

richtet, die Finanzierungsmittel auf die Anforderungen von Projekten mit hohem Risikoprofil abzustimmen und Eigenkapitalfinanzierungen und Garantieoperationen zugunsten von großen Infrastrukturvorhaben zu ermöglichen. Das Ziel der FSF lautet, in Ergänzung zu den Geschäftsbanken und Kapitalmärkten einen Zusatznutzen für vorrangige Projekte zu bewirken. Diese Operationen werden hauptsächlich in der Europäischen Union, aber auch in Nicht-Mitgliedsländern durchgeführt.

Die Bank stellte im Rahmen der FSF eine Tranche in Höhe von 200 Mio EUR und im Rahmen des LGTT eine Tranche von 25 Mio EUR zur Verfügung (auf Antrag der Kofinanzierer und Projektgesellschaften aufgestockt von den ursprünglich genehmigten 15 Mio EUR).

Nachdem sich mittlerweile eine Erholung am Horizont abzeichnet, erscheinen die Anlaufschwierigkeiten, denen die Projektgesellschaften und beteiligten Behörden noch vor wenigen Monaten gegenüberstanden, nunmehr als weniger problematisch. Es ist zu hoffen, dass die Widrigkeiten jener Tage genau so schnell wieder verschwinden, wie sie aufgetaucht sind. ■

AUSSERHALB DER EU

EIB unterstützt Jordanien mit ihrer Erfahrung **in der Wasserversorgung**

Jordanien verbindet man oft mit Wasser – dem Mittelmeer, dem Roten Meer, dem Toten Meer und dem mythischen Jordan, der dem Land seinen Namen gegeben hat. Daher ist es nur schwer vorstellbar, dass Jordanien neben Tansania, dem Sudan und Äthiopien zu den vier wasserärmsten Ländern der Welt gehört. Und doch besteht dieses Jahrtausende alte Land zu mehr als 80% aus Wüste. Sie mag sich in Jordanien als atemberaubende Landschaft aus ockerfarbenem Sand oder als verlassene, in rosafarbene Sandsteinfelsen gehauene Siedlung am Rand eines Salzmeers präsentieren – es ist und bleibt eine Wüstenlandschaft.

Marianne Roda, Interne Kommunikation





Im Mai 2009 hat die EIB dem jordanischen Staat ein Darlehen von 100 Mio USD für den Bau einer strategisch wichtigen Pipeline gewährt, die Wasser weiterleiten wird, das aus einer riesigen Grundwasserschicht unter der Wüste entnommen werden soll. Neben der finanziellen Unterstützung stellt die EIB Jordanien ihr erstklassiges Know-how im Bereich Wasserversorgung zur Verfügung und begleitet damit das Land bei der langfristigen Reform seiner Wasserpolitik.

Das Haschemitische Königreich hat mehrere Krisenpläne eingeleitet, mit denen die Ausbreitung der Wüsten auf das ganze Land verhindert werden soll. Im Mittelpunkt steht dabei ein riesiges Vorhaben von einer Milliarde USD für den Bau einer neuen Wasser-Pipeline von Disi im Süden bis zur Hauptstadt Amman.

In Disi befindet sich rund 500 Meter unter der Wüste ein enormes Süßwasservorkommen, das sich dort seit der Eiszeit des Pleistozän allmählich angesammelt hat. Dieses Vorkommen würde ausreichen, um Amman rund 50 Jahre lang mit Trinkwasser zu versorgen. Derzeit wird der wertvolle Rohstoff hauptsächlich für die Bewässerung von Wüstenflächen gefördert, zum Teil für Kulturpflanzen mit extrem hohem Wasserbedarf wie Zitrusfrüchte, Bananen und Tomaten.

EIB unterstützt Jordanien bei der langfristigen Umgestaltung seiner Wasserpolitik

Neben ihrem Finanzierungsbeitrag hat die EIB an der Strukturierung des Projekts als öffent-

lich-private Partnerschaft mitgewirkt, die die erste dieser Art im jordanischen Wassersektor ist. Die Bank der Europäischen Union begleitet das Projekt darüber hinaus global und langfristig, indem sie dafür Sorge trägt, dass sich die Wasser-Pipeline in eine auf lange Sicht kohärente nationale Wasserpolitik einfügt.

Ein Wasseringenieur der EIB, der darüber hinaus ein guter Kenner Jordaniens ist, hat dazu über mehrere Monate hinweg gemeinsam mit dem Ministerium für Wasser und Bewässerung Maßnahmen ausgearbeitet, um die Wasserversorgung der Landwirtschaft und der Haushalte wieder landesweit ins Gleichgewicht zu bringen und die Wassertarife entsprechend anzupassen. Diese Maßnahmen tragen auch dazu bei, dem übermäßigen Abpumpen von oberflächennahem Wasser im Norden des Landes entgegenzuwirken, damit sich der Grundwasserspiegel erholen kann und so die natürlichen Ressourcen des Landes länger genutzt werden können. All diese Maßnahmen wurden in die ehrgeizige Wasserpolitik Water for Life integriert, die Jordanien bis 2022 umsetzen will.

Auch die Wasser-Pipeline von Disi nach Amman wurde mit Weitsicht geplant. Man entwickelte eine Lösung, bei der die Pipeline eines Tages an eine künftige Entsalzungsanlage am Roten Meer angeschlossen werden kann, das in einigen Jahrzehnten für Jordanien eine der letzten Trinkwasserquellen sein könnte.

Darüber hinaus untersucht die EIB derzeit die Möglichkeit, Jordanien ein weiteres Dar-

lehen für die Beseitigung der zahlreichen Lecks in seinem Trinkwassernetz zu gewähren. Somit wird die Bank noch längere Zeit mit dem Haschemitischen Königreich zusammenarbeiten.

Den Einwohnern Jordaniens stehen pro Jahr durchschnittlich 145 Kubikmeter Wasser pro Kopf zur Verfügung. Das entspricht der Menge, die wir Europäer in rund zehn Tagen verbrauchen. In Amman ist die Wasserversorgung auf wenige Stunden pro Woche beschränkt. Durch den Klimawandel und das Bevölkerungswachstum verschärft sich dieses Problem zusätzlich. Wasser ist das blaue Gold Jordaniens. Es ist die Schlüsselkomponente seiner Dienstleistungswirtschaft und Voraussetzung für sein Überleben.

Tätigkeit der EIB im Mittelmeerraum

Die EIB unterstützt die Partnerländer im Mittelmeerraum im Rahmen der Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (FEMIP). Die FEMIP wurde im Oktober 2002 eingerichtet und hat die Aufgabe, im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik die Entwicklung von neun Ländern – Algerien, Ägypten, Gazastreifen/Westjordanland, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien und Tunesien – zu fördern. Vorrangig unterstützt werden Vorhaben des privaten Sektors, der einen wesentlichen Beitrag zum nachhaltigen Wachstum leistet, und die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas durch den Aufbau leistungsfähiger Infrastrukturen und moderner Bankensysteme. ■

EIB ist Mitgründer des „Center for Mediterranean Integration“ in Marseille

Gemeinsam mit der Weltbank, den Regierungen Ägyptens, Frankreichs, Jordaniens, Libanons, Marokkos und Tunesiens sowie der Stadt Marseille hat die Europäische Investitionsbank am 9. Oktober in Marseille das „Center for Mediterranean Integration“ (MCMI) gegründet.

Henry Marty-Gauquié, Leiter des Büros der EIB-Gruppe in Paris



Die Gründungsmitglieder und Partner des Zentrums für Integration im Mittelmeerraum nach der konstitutiven Generalversammlung. In der ersten Reihe: Frau Samshar Akhtar, Vizepräsidentin der Weltbank für die MENA-Region (Nahe Osten und Nordafrika), und Philippe de Fontaine Vive, Vizepräsident der EIB.

Das Zentrum ist zur Unterstützung von Akteuren entstanden, die sich auf internationaler Ebene sowie in den Ländern nördlich und südlich des Mittelmeers für die Entwicklung in dieser Region einsetzen und gemeinsam eine Modernisierung der öffentlichen Politiken in den vorrangigen Entwicklungsbereichen der Mittelmeer-Partnerländer erreichen wollen.

Das Zentrum wird im Rahmen von rund fünfzehn Programmen für technische Hilfe tätig werden, die auf die folgenden fünf Sektoren ausgerichtet sind:

- Stadtentwicklung,
- nachhaltige Entwicklung und Bekämpfung des Klimawandels,

- Verkehr und Logistik,
- Humankapital (Bildung, Beschäftigung und Mobilität der Arbeitnehmer einschließlich Jugendlicher),
- wissensbasierte Wirtschaft: Förderung von Innovation und KMU.

Innovatives Instrument zur „Vernetzung von Netzen“

Das am 9. Oktober gegründete Zentrum in Marseille ist in mehrerer Hinsicht neuartig: Es führt nicht nur jene Akteure zusammen, die sich für die Entwicklung im Mittelmeerraum in wichtigen Bereichen einsetzen, sondern vermeidet auch eine Verdopplung von Maßnahmen, indem ganz unterschiedliches

und sich gegenseitig ergänzendes Fachwissen gebündelt wird. Europäische, multilaterale und bilaterale Einrichtungen, die die Entwicklung im Mittelmeerraum finanziell unterstützen, erörtern diese Fragen im Dialog mit für staatliche Politiken zuständigen Institutionen der Partnerländer, mit auf Wirtschaft und Entwicklung spezialisierten Universitätsnetzen (unter anderem FEMISE, ETF und UniMed), mit den Organisationen der Vereinten Nationen (wie der Globalen Umweltfazilität, dem UN-Entwicklungsprogramm, dem UN-Umweltprogramm, dem UN-Welternährungsprogramm sowie der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung) und mit der Zivilgesellschaft, darunter Wirtschaftsverbänden und Gebietskörperschaften.

Insgesamt beteiligen sich rund zwanzig Partner an den Programmen für Forschung und technische Hilfe des Zentrums und bewirken dabei eine „Vernetzung von Netzen“.

Vor allem aber sind die Partnerländer, die dazu bereit sind (derzeit fünf und eventuell noch andere), umfassend in die Ausarbeitung von Maßnahmen und deren Umsetzung eingebunden. Dadurch erhält das Zentrum, das diese Partnerschaft verkörpert, eine neue Dimension und garantiert eine ausgewogene und fruchtbare Zusammenarbeit.

EIB an sechs Aktivitäten beteiligt

Als Mitbegründer des Zentrums ist die EIB direkt an der Umsetzung von sechs seiner 15 Programme beteiligt. Drei Programme davon stehen unter ihrer Leitung:

- Sanierung historischer Stadtzentren (im Rahmen ihrer Initiative „Medinas 2030“, vgl. Seite 19-20),
- Organisation des Verkehrslogistiksystems für den Mittelmeerraum (im Rahmen ihrer Initiative „Logismed“),

- Finanzierung von Innovation und Unterstützung der Entwicklungsstrategien für Wissenschaftsparks (unter Anwendung ihrer Erfahrungen aus dem Projekt „Technopoles“ in Tunesien).

Parallel dazu beteiligt sich die Bank aktiv an drei weiteren Programmen: Planung und Entwicklung eines nachhaltigen öffentlichen Nahverkehrs unter der Leitung der Agence française de Développement (AfD); Förderung der Politiken für die Schul- und Berufsausbildung unter der Leitung des FEMISE¹-Netzes; Politiken für eine nachhaltige Wasserwirtschaft unter der Leitung der AfD.

Schlanke Führungsstrukturen für dreijährigen Versuchszeitraum

Das MCMI ist eine Multipartner-Plattform für technische Hilfe und wurde zunächst für einen Zeitraum von drei Jahren (2009-2012) eingerichtet. Im Anschluss daran erfolgt eine unabhängige Prüfung, die den Gründungsmitgliedern Aufschluss darüber geben wird, wie die künftigen Aktivitäten des Zentrums organisiert und strukturiert sein sollten.

Das Zentrum hat eine schlanke Koordinations- und Führungsstruktur. Oberstes Gremium ist

ein Rat für strategische Orientierung, dem 12 Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft und aus Institutionen der Länder südlich und nördlich des Mittelmeers angehören. Dieses Gremium wird gemeinsam von Abdelhamid Triki, Staatssekretär im Ministerium für Entwicklung und Internationale Zusammenarbeit der Tunesischen Republik, und EIB-Vizepräsident Philippe de Fontaine Vive geleitet. ■

¹ Im Rahmen des Partnerschaftsabkommens, das die EIB am 7. Juli 2009 mit dem Netz unterzeichnet hat.



Seminar „Medinas 2030“

Revitalisierung des städtischen Kulturerbes im Mittelmeerraum

Die EIB veranstaltete am 8. und 9. Oktober 2009 in Marseille ein Seminar über die Revitalisierung historischer Stadtzentren im Mittelmeerraum. Die Veranstaltung fand im Rahmen der „Mediterranean Economic Week“ statt und zog mehr als 175 Teilnehmer an, darunter gewählte Vertreter der Kommunen, Regierungsvertreter sowie Projektträger und Geldgeber.

Historische Stadtzentren bedroht

Die alten Stadtviertel sind in den Mittelmeeranrainerstaaten wesentlicher Bestandteil des kulturellen Erbes, der Geschichte und der Identität. Sie verkörpern nicht nur ein unersetzbares kulturelles Kapital und eine kulturelle Identität, sondern bieten auch ein erhebliches volkswirtschaftliches Potenzial. Allerdings unterliegen die historischen Stadtzentren – oder



Vizepräsident de Fontaine Vive ergreift das Wort in der Eröffnungssitzung.

Medinas, wie sie in den Maghreb-Ländern bezeichnet werden – infolge der Verdichtung des städtischen Raums zahlreichen Veränderungen, und zwar hauptsächlich auf demografischer Ebene. Außerdem sind Infrastruktur und Bausubstanz vom Verfall bedroht. Hinzu kommt, dass traditionelle Berufe aussterben, was zur Verarmung und Marginalisierung der Einwohner historischer Stadtteile beiträgt.

In den vergangenen zwanzig Jahren wurden im Mittelmeerraum mehrere Programme zur Stadtsanierung durchgeführt. Sie waren jedoch nicht immer von Erfolg gekrönt, da es sehr schwierig ist, so umfangreiche Projekte nachhaltig zu organisieren und zu finanzieren. Die Einwohner historischer Stadtviertel sind zumeist einkommensschwach und können die hohen Instandhaltungs- und Sanierungskosten nicht tragen. Hinzu kommen mangelndes technisches Fachwissen im Bereich Stadtsanierung. Auch die zahlreichen Projektbeteiligten sind ein Grund für das Misslingen derartiger Vorhaben.

Aufbauend auf die europaweite Erfahrung der Bank im Bereich Stadtsanierung hat die FEMIP¹ im Rahmen einer internationalen Konferenz anlässlich der Architekturbiennale von Venedig im Oktober 2008 die Initiative „Medinas 2030“ ins Leben gerufen. Die aus dem FEMIP-Treuhandfonds finanzierte Initiative verfolgt eine neue Strategie: Die Stadtsanierung muss allmählich und über mittel- bis langfristige Vorhaben erfolgen. Ein Jahr nach

der Konferenz von Venedig diente das Seminar in Marseille dazu, eine erste Bestandsaufnahme zur Initiative „Medinas 2030“ durchzuführen und die Erwartungen der wichtigsten Beteiligten im Bereich Stadtsanierung genauer zu ermitteln.

Höhere Lebensqualität der Einwohner als oberstes Ziel der Stadtsanierung

Das FEMIP-Seminar umfasste vier Sitzungen. In der ersten Sitzung schilderten die Bürgermeister die Probleme, mit denen sie bei der Durchführung von Stadtsanierungsvorhaben konfrontiert sind. Im Mittelpunkt der zweiten Sitzung standen die Beziehungen und das Zusammenwirken zwischen der Zentralverwaltung und den Kommunen. In der dritten Sitzung berichteten Projektträger über ihre Schlussfolgerungen aus Erfahrungen mit erfolgreichen und misslungenen Stadtsanierungsvorhaben. Im Rahmen der letzten Veranstaltung erörterten die Geldgeber die einzurichtenden Finanzierungsmechanismen und die Rolle des Privatsektors.

In dem Seminar in Marseille bekräftigten die öffentlichen Entscheidungsträger der Mittelmeerländer, wie nützlich die auf Erfahrungsaustausch und Forschung ausgerichtete Initiative „Medinas 2030“ ist. Die Teilnehmer unterstrichen die Notwendigkeit, die betroffene Bevölkerung stärker in die Stadtsanierungsvorhaben einzubeziehen, da das Hauptziel dieser Vorhaben – abgesehen von der Erhaltung des kulturellen Erbes – darin besteht, die lokale Wirtschaft zu fördern und die Bedürfnisse der Einwohner zu befriedigen. Ferner sprachen sich die Teilnehmer dafür aus, im Hinblick auf die Schaffung eines finanziellen Rahmens für Vorhaben zur Sanierung histori-



Eröffnung der Medinas-Ausstellung durch den Vizepräsidenten der EIB und durch den stellvertretenden Bürgermeister von Marseille, Daniel Hermann.

scher Stadtzentren einen Konsultationsprozess einzuleiten.

Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit

Am Rande des Seminars organisierte die Bank eine Ausstellung zum Thema Sanierung historischer Stadtzentren. Die öffentliche Ausstellung in der Regionalbibliothek Alcazar in Marseille soll allgemein verständlich über eine komplexe Problematik informieren. Anlässlich ihrer Eröffnung am 8. Oktober fand eine Pressekonferenz mit Persönlichkeiten aus Kultur und Medien sowie Seminarteilnehmern statt. Die Wanderausstellung wird anschließend in mehreren Mittelmeer-Städten zu sehen sein. ■

¹ Die Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (FEMIP) umfasst alle Finanzierungsinstrumente der EIB für die Mittelmeer-Partnerländer (Algerien, Ägypten, Gazastreifen/Westjordanland, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien und Tunesien).

Der West African Power Pool

Die Küstenländer Westafrikas sind naturgemäß besser als die Binnenstaaten der Sahelzone mit Energieressourcen ausgestattet. Die Küstenländer haben Zugang zu Wasserkraft, preiswerteren Brennstoffen oder Gas und sind damit unter dem Strich Energieexporteure. Dagegen bestehen in den Sahel-Ländern, in denen aufgrund des Transportaufwands hohe Brennstoffkosten für die thermische Stromerzeugung anfallen, Energiedefizite.

Eve Walter, Hauptabteilung Afrika, Karibik, Pazifik - Investitionsfazilität

Der West African Power Pool (WAPP) wurde 1999 mit dem Ziel eines Verbunds dieser Länder geschaffen, um Strom zum Nutzen aller austauschen zu können und das Problem der Stromknappheit in Westafrika zu bekämpfen. Dem WAPP gehören die Länder der ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft¹) an und sein Zweck besteht darin, in Westafrika einen regionalen Strommarkt zu schaffen. Erreicht werden soll dies durch die Entwicklung und Durchführung von Infrastrukturprojekten, die den Austausch von Strom zwischen den Mitgliedsstaaten fördern und allen Ländern erschwingliche Energieressourcen zugänglich machen.

Da der Energiesektor den Eckpfeiler der Wirtschaftsentwicklung bildet, ist die Bank durch ihre für Westafrika zuständige Abteilung bereits seit vielen Jahren ein Partner des WAPP.

Der WAPP führt regelmäßige Koordinations-treffen mit seinen Geldgebern durch. Dabei werden die Aktivitäten des WAPP überprüft, und insbesondere werden vorrangige Energieprojekte vorgestellt, um die notwendigen Finanzierungsmittel zu erhalten. Im Mai 2004 veranstaltete die Bank an ihrem Sitz in Luxemburg ein solches Koordinationstreffen mit den Geldgebern des WAPP. Am 29. September dieses Jahres nahm die Bank am 16. Koordinati-onstreffen der Geldgeber in Cotonou teil.

Im Lauf der Jahre erzielte der WAPP dank seiner starken Führung große Fortschritte auf dem Weg zu einer regionalen Zusammenarbeit und Integration im Energiesektor Westafrikas. Die Anforderungen sind allerdings hoch und steigen aufgrund eines immer noch unzureichenden Zugangs zu Strom (durchschnittlich 17%) bei gleichzeitig hohem Bevölkerungswachstum weiter.

Die Bank ist aktiv an der Finanzierung verschiedener laufender vorrangiger Projekte des WAPP beteiligt (Stromverbund zwischen Aboadze und Tema in Ghana, Stromverbund zwischen Côte d'Ivoire und Burkina Faso, westafrikanische Gaspipeline zur Versorgung von Ghana, Togo und Benin mit Gas aus Nigeria, Wasserkraftwerke Manantali und Felou). Außerdem hat die Bank eine Reihe von projektvorbereitenden Studien für vorrangige Stromverbundleitungen des WAPP finanziert, entweder mit eigenen Mitteln oder über die Infrastruktur-Partnerschaft zwischen den AKP-Staaten und der EU (Ghana-Burkina Faso-Mali, Côte d'Ivoire-Liberia-Sierra Leone-Guinea,

Côte d'Ivoire-Ghana). Wenn die Ergebnisse dieser Studien vorliegen und die Projekte förderungswürdig sind, wird die Bank eine Beteiligung an der Finanzierung anstreben. Die Bank beobachtet außerdem eine Reihe weiterer vorrangiger Projekte des WAPP, die derzeit vorbereitet werden. Dazu gehören das Projekt der OMVG (Organisation zur wirtschaftlichen Erschließung des Gambia-Flusses) zur Kombination der Wasserkrafterzeugung und -übertragung zwischen Senegal, Gambia und Guinea, und das Wasserkraftwerk Gouina, das von der OMVS² (Organisation zur wirtschaftlichen Erschließung des Senegal-Flusses) gefördert wird.

Durch die Beteiligung an der Finanzierung dieser vorrangigen Projekte hat die Bank ihre Möglichkeiten mit dem WAPP und anderen Geldgebern gebündelt, um den ECOWAS-Staaten den Zugang zu erschwinglichen Energieressourcen durch die zusätzliche Erzeugung und den Austausch von Strom zu ermöglichen. Die Unterstützung der Aktivitäten des WAPP durch die Bank trägt letztlich dazu bei, einen soliden Energiesektor in der ECOWAS-Region zu schaffen, was wiederum das Wirtschaftswachstum fördern und die Bekämpfung der Armut erleichtern sollte. ■

¹ Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Togo.

² Die Mitgliedsstaaten der OMVS sind Guinea, Mali, Mauretanien und Senegal.





EIB unterstützt die strategische Präsenz des VW-Konzerns in Asien und Lateinamerika

Die traditionelle Unterstützung von EU-Unternehmen durch die EIB geht über die politikorientierte Darlehensvergabe innerhalb der EU hinaus: Sie kann sich auch – vor allem im Rahmen des ALA-Mandats – auf Maßnahmen erstrecken, die dazu dienen, strategische Investitionsvorhaben zu unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen in Schlüsselmärkten Asiens und Lateinamerikas zu stärken. Ein klares Beispiel dafür sind die zwei Darlehen, die jüngst im Rahmen des Finanzierungsmandats für Asien und Lateinamerika (ALA IV) an VW-Konzerntöchter in Indien und Argentinien vergeben wurden. Durch dieses Engagement kann die Bank die EU-Präsenz in diesen Regionen durch ausländische Direktinvestitionen und den Transfer von Technologie und Know-how unterstützen.

Sunita Lukkhoo und Fernando Torija, Hauptabteilung Asien und Lateinamerika



In Argentinien vergab die Bank in einer Kofinanzierung mit der KfW ein Darlehen von 170 Mio EUR, das der Produktion eines leichten Nutzfahrzeugs im bestehenden Automobilwerk in der Nähe von Buenos Aires dient. Mit dem Fahrzeug, das speziell für die schwierigen Straßenbedingungen in Entwicklungsländern entwickelt wurde, können sowohl Güter als auch Personen transportiert werden. Das neue Modell wird mit den modernsten Sicherheitsstandards und der neuesten Antriebstechnik von VW ausgestattet. Dies ermöglicht einen geringeren Kraftstoffverbrauch und niedrigere Kohlendioxidemissionen und wird einen neuen Maßstab in dieser Klasse setzen.

In Indien vergab die Bank im Rahmen einer Kofinanzierung mit der IFC und der KfW ein Darlehen von 100 Mio EUR, das für ein neues Automobilwerk im westindischen Bundesstaat Maharashtra bestimmt ist. In dem Werk sollen drei neue Kleinwagenmodelle produziert werden. VW ist in Indien bereits mit einem Montagewerk in Aurangabad vertreten. Mit dem Projekt will VW seinen bisher noch relativ geringen Marktanteil erhöhen. Dazu sollen vor Ort kleinere VW-Modelle für den Massenmarkt produziert werden, die speziell für die Bedingungen in einem Schwellenland entwickelt wurden. Die Fahrzeuge orientieren sich an den Präferenzen der Kunden und entsprechen dem Kriterium sehr niedriger Einheitskosten. Die neuen Modelle werden über moderne Motoren verfügen, die mit der leistungsfähigsten Technologie zur Emissionsminimierung ausgerüstet sein werden, die mit der Kraftstoffqualität in Indien kompatibel ist. Durch das Projekt wird VW in der Lage sein, in Indien Fahrzeuge zu produzieren, die die strengeren Bestimmungen für die Emission von Treibhausgasen erfüllen, die in Indien ab April 2010 eingeführt werden.

In beiden Fällen wurde besonders auf die Sozial- und Umweltstandards des Produktionsprozesses sowie die Emissionseffizienz des Endproduktes geachtet. Mit beiden Projekten werden hochmoderne Produktionstechnologien in den betreffenden Schwellenländern eingeführt. Daraus werden Produkte hervorgehen, die die Effizienz- und Emissionsstandards in den jeweiligen Produktsegmenten verbessern.

Wie es bei allen Vorhaben im Rahmen des ALA-Mandats der Fall ist, fördert der Finanzierungsbeitrag der EIB auch hier die wirtschaftliche Entwicklung der betreffenden Länder vor dem Hintergrund weltweiter wirtschaftlicher Probleme.

Die Darlehen an VW-Tochtergesellschaften in Argentinien und Indien wurden nicht nur in einer für die Schwellenmärkte schwierigen Phase vergeben, sondern sie stellen auch wichtige Meilensteine für die Tätigkeit der Bank in beiden Ländern dar. Das Darlehen in Indien

ist das erste Darlehen der EIB an ein indisches Privatunternehmen seit Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung mit Indien im Jahr 1993. Das Darlehen in Argentinien ist die erste Finanzierungsoperation der EIB in dem Land seit der Wirtschaftskrise im Jahr 2001. ■



Cooperative Floating Rate Notes:

EIB und Genossenschaftsbanken Hand in Hand gegen die Krise



Ein Schwerpunkt der Mittelbeschaffungsstrategie der EIB liegt auf einer kontinuierlichen Erschließung neuer Refinanzierungsquellen, die vor dem Hintergrund der Turbulenzen an den Finanzmärkten besondere Bedeutung gewinnt. Dies führte kürzlich zu drei Emissionen von sogenannten „Cooperative Floating Rate Notes (CFRN)“. Dabei handelt es sich um variabel verzinsten Schuldpapiere, die zwischen Juli und Oktober 2009 im Gesamtumfang von 4,25 Mrd EUR begeben und aufgestockt wurden – ein für dieses Produktsegment außergewöhnlich hohes Emissionsvolumen.

Aldo M. Romani, Hauptabteilung Kapitalmärkte

Erstmals setzte sich das Emissionskonsortium ausschließlich aus europäischen Genossenschafts- und Volksbanken und – im Falle einer Aufstockung – aus Sparkassen zusammen (10 bzw. 9 Banken aus sechs verschiedenen Ländern). Diese Struktur ermöglichte einen effektiven Zugang zu den liquiden Mitteln sowie zum kapillaren Vertriebs-

netz kleinerer Regionalbanken, wodurch jede Emission trotz ungewöhnlich langer Laufzeiten von 5,5, 7,5 bzw. 10,5 Jahren Referenzgröße (1 Mrd EUR) erreichte. In Ermangelung anderer Benchmarks stellten die CFRN eine transparente Referenz für den Sekundärmarkt dar und erleichterten so die Überwachung der Anlageflüsse und die Preisfestlegung für die anschließende Aufstockung. Dadurch lagen die Mittelbeschaffungskosten im Vergleich zu festverzinslichen Anleihen deutlich niedriger, zumal keine Swap-Gebühren anfielen (variable Kupons müssen nicht gegen Zinsschwankungen abgesichert werden).

Neben ihrem wertvollen Beitrag zum Mittelbeschaffungsprogramm 2009, dem bisher größten der EIB, sind die CFRN auch aus zwei weiteren Gründen von Bedeutung. Diese heben die besondere Rolle der EIB als eine der Säulen der EU-Politik hervor und tragen zu ihrem Ansehen als Instrument der Ökonomik (Aristoteles zufolge die Kunst, die für das Wohlergehen der Gesellschaft erforderlichen Mittel zu beschaffen) bei, welche im Gegensatz zur Chrematistik (weitverbreitete Praxis, reine Spekulationsgeschäfte auf eigene Rechnung zu betreiben) steht.

Zum einen hat die EIB den Transfer von Finanzmitteln an die Realwirtschaft zu einem Zeitpunkt gefördert, zu dem die direkte Weitervergabe umfangreicher Zentralbankmittel durch Geschäftsbanken im mittleren und längeren Laufzeitensegment durch erhebliche Risikoaufschläge, hohe reale Zinsen und Überkapazitäten im Produktionssektor beeinträchtigt wird. CFRN sind attraktiv (Bonität der EIB, Risikogewichtung von 0%, begrenzte Preisvolatilität, überdurchschnittliche Marktfähigkeit

und Eignung als Sicherheit für geldpolitische Operationen des Eurosystems) und eine ideale Anlagemöglichkeit für liquide Mittel von Banken, insbesondere in Zeiten, in denen die überschüssige Liquidität am Geldmarkt nur minimal verzinst wird (3-Monats-Euribor: 0,74%). Dadurch, dass die kapitalstarke EIB keinen Erwerbszweck verfolgt und eine offizielle Rolle im EU-Konjunkturprogramm spielt, ist sichergestellt, dass die Emissionserlöse in die richtigen Sektoren fließen, und zwar an mittel- und langfristige Investitionsvorhaben, die für die Bekämpfung der Krise am nötigsten sind.

Zum anderen knüpfen die CFRN an eine Strategie an, die im letzten Jahr in Italien ins Leben gerufen wurde. Damals wurden auf Privatkunden ausgerichtete „Popular Bonds“ ausgegeben, deren Verkauf ausschließlich über Volksbanken erfolgte. Die Operationen zeigen, dass die EIB die von führenden Genossenschaftsbanken (Banca Popolare di Milano, Crédit Agricole und DZ Bank) durch Fusionen und Vernetzungen entwickelten Synergien und Kapitalmarktambitionen frühzeitig erkannt hat und dass die EIB ihre Zusammenarbeit mit diesen Instituten bei der Darlehensvergabe zugunsten von KMU verstärken möchte. Kleinere lokale Anleger und Darlehensnehmer kommen somit leichter in den Genuss der beschafften Mittel und ihrer Weiterleitung an die lokale Wirtschaft über zwischengeschaltete Finanzinstitute. Wie bereits F. W. Raiffeisen 1866 feststellte, kann das für die finanzielle Unterstützung der lokalen Wirtschaft benötigte Geld nur über Kreditpartnerschaften beschafft werden. 140 Jahre später verleihen die CFRN diesem Grundsatz eine paneuropäische Dimension und beweisen die von Heinrich Heine beschworene „Macht der Ideen“. ■

Forschungspraktika bei der EIB

Die institutionelle Zusammenarbeit der EIB mit Universitäten erfolgt größtenteils über drei spezifische Programme im Rahmen ihrer Aktion zur Förderung der Universitätsforschung. Eines dieser Programme mit der Bezeichnung STAREBEI beinhaltet die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen einem EIB-Mitarbeiter und einem Doktoranden oder Post-Doktoranden einer Universität in der EU.

Thomas Ribarits, Hauptabteilung Finanzielle und operative Risiken

STAREBEI steht für „Stage de Recherche à la BEI“, was soviel heißt wie Forschungspraktikum bei der EIB. Im Rahmen dieses Programms finanziert die EIB die Mitarbeit von jungen Forschern an Projekten, die die EIB gemeinsam mit Universitäten durchführt. Erfolgreiche Bewerber haben die Möglichkeit, in der Bank ein Forschungspraktikum zu absolvieren. Die Praktika im Rahmen von STAREBEI:

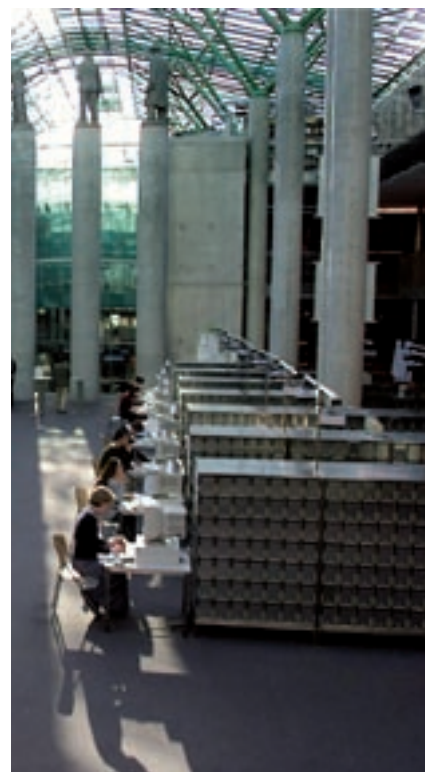
- sind in relativ kleinem Rahmen und unbürokratisch organisiert: Daran beteiligt sind jeweils ein Forscher, ein Tutor der Universität und ein Tutor der EIB.
- laufen über einen befristeten Zeitraum von sechs Monaten bis zu einem Jahr.
- beinhalten regelmäßige Besuche des Forschers bei der EIB: Mehr als 10% der Projektlaufzeit sind bei der EIB zu absolvieren. Natürlich hat auch der Tutor der Universität die Möglichkeit, die Bank zu besuchen.
- basieren auf einer sehr engen Zusammenarbeit auf persönlicher Ebene: Der Tutor der EIB engagiert sich persönlich. Das Forschungsprojekt muss von der Bank initiiert werden (also vom künftigen Tutor der EIB), und bei

der projektbezogenen Arbeit müssen sichtbare Fortschritte erzielt werden.

Hier ein Praktikumsbeispiel: Die EIB hat kürzlich ein einjähriges Projekt im Bereich Zinsstrukturmodelle abgeschlossen, bei dem zwei unterschiedliche Arten von Modellen untersucht wurden – die Heath-Jarrow-Morton-Modelle, die arbitragefrei sind und oft für die Bewertung von Zinsderivaten verwendet werden, und die Nelson-Siegel-Modelle, die nicht arbitragefrei sind, dafür aber andere Vorteile bieten. Bei dem Projekt zeigte sich, dass sich diese beiden Modelle überraschenderweise sehr ähnlich sind. Die zwei doch recht unterschiedlichen Ansichten zu Zinssätzen wurden dabei verbunden und ergaben eine in gewisser Weise „konsolidierte“ Ansicht. Nach Präsentationen innerhalb und außerhalb der Bank wurde beim International Journal of Theoretical and Applied Finance eine wissenschaftliche Arbeit eingereicht¹.

„Ich glaube, das STAREBEI-Projekt war für alle Beteiligten von Nutzen“, freut sich der Tutor der EIB, der das Projekt betreut hat. „Vor allem

¹ Die Konferenzpräsentationen und die wissenschaftliche Arbeit sind auf Anfrage erhältlich.



aber konnte der irische Forscher, der in so schwierigen Zeiten finanzielle Unterstützung bekommen hat, das neue Modell mit „echten“ Daten ausprobieren und es mit „echten“ Peer-Modellen vergleichen, die wir in der Bank täglich verwenden. Ich habe früher auch an der Universität geforscht und weiß, wie wertvoll solche Erfahrungen in der Regel für Universitäten sind.“

Weitere Informationen über STAREBEI und andere Programme der Aktion der EIB zur Förderung der Universitätsforschung sind auf der Website der EIB abrufbar unter <http://www.eib.org/about/partners/universities/index.htm>. ■

Ernennungen im Senior Management der EIB

Zum 1. November 2009 sind die beiden Hauptabteilungen des Juristischen Dienstes umstrukturiert worden. Künftig umfasst der Juristische Dienst die Hauptabteilung Juristische Angelegenheiten: Institutionelle und Finanzfragen und die Hauptabteilung Operationelle Rechtsfragen. Im Rahmen der Umstrukturierung des Juristischen Dienstes sind zwei Ernennungen erfolgt.



Nicola Barr wurde mit Wirkung vom 1. November 2009 zur Direktorin der Hauptabteilung Juristische Angelegenheiten: Institutionelle und Finanzfragen ernannt. Diese Hauptabteilung ist für rechtliche Aspekte betreffend Kapitalmärkte, Treasury-Operationen und damit verbundene Finanzinstru-

mente, institutionelle Fragen der EIB, Personalangelegenheiten und Rechtsstreitigkeiten sowie operationelle Programme mit der Kommission zuständig.

Frau Barr trat 1994 in die Europäische Investitionsbank ein und war zunächst in der Direktion für Rechtsfragen mit der Bearbeitung von Darlehensunterlagen befasst. 1996 wurde ihr die Zuständigkeit für juristische Fragen im Zusammenhang mit Kapitalmärkten, Treasury-Produkten und Derivaten übertragen. 2001 wurde sie Abteilungsleiterin, und 2006 wurde sie zur Beigeordneten Direktorin ernannt.

Vor ihrem Eintritt in die EIB war Frau Barr sieben Jahre lang in leitender Funktion in der Bankabteilung der Rechtsanwaltskanzlei A&L Goodbody tätig.

Frau Barr studierte Rechtswissenschaften am Trinity College in Dublin und machte 1979 ihren MA-Abschluss. 1983 erwarb sie die Anwaltszulassung bei der Law Society of Ireland.



Gerhard Hütz ist mit Wirkung vom 1. November 2009 innerhalb des Juristischen Dienstes zum Stellvertretenden Chefsyndikus ernannt worden.

Herr Hütz hat eine Banklehre absolviert, deutsches Recht studiert und über amerikanisches und deutsches

Bankenaufsichtsrecht promoviert. 1992 trat er in die Direktion für Rechtsfragen der Bank ein. In den ersten Jahren war er als operationeller Jurist für die Finanzierungen in Deutschland, Österreich, Mittel- und Osteuropa sowie Russland zuständig und wurde 1999 zum Abteilungsleiter befördert. 2005 wurde er zum Direktor der Hauptabteilung Juristischer Dienst – Finanzierungen in Europa ernannt.

Seit dem 1. November 2009 ist Herr Hütz für sämtliche Rechtsfragen hinsichtlich der weltweiten Finanzierungsoperationen der EIB zuständig.

Vor seinem Eintritt in die EIB war er als wissenschaftlicher Assistent an einer Universität und in der Rechtsabteilung der Deutschen Bank tätig. Herr Hütz hat Arbeiten zu verschiedenen rechtlichen Themen – unter anderem zum US-amerikanischen und zum deutschen Bankenaufsichtsrecht sowie zum rechtlichen Rahmen und zur Satzung der EIB – veröffentlicht.

Sonstige Ernennungen



Maria-Teresa Calvete ist innerhalb der Hauptabteilung JASPERS, Direktion Projekte (PJ), zur Leiterin des JASPERS-Regionalbüros Bukarest ernannt worden.



Alfredo Abad wird David White als Leiter des Regionalbüros Tshwane/Pretoria ersetzen (Abteilung Südliches Afrika und Indischer Ozean, Hauptabteilung Afrika, Karibik, Pazifik – Investitionsfazilität).



Guido Prud'homme ersetzt René Perez als Leiter des Büros Rabat der EIB (Abteilung Maghreb (FEMIP), Hauptabteilung Nachbar- und Partnerländer Europas).



Robert Feige ersetzt Diederick Zambon als Leiter des Büros Tunis (ebenfalls innerhalb der Abteilung Maghreb (FEMIP), Hauptabteilung Nachbar- und Partnerländer Europas).

Das Graduiertenprogramm „GRAD“

Auch in besten Zeiten kann es schwierig sein, einen Arbeitsplatz zu finden, wenn man über nur relativ wenig oder keine Berufserfahrung verfügt. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind die Aussichten für Personen, die erst kürzlich ihren Hochschulabschluss erhalten haben, noch schlechter. Deshalb hat die Europäische Investitionsbank mit ihrem Programm Graduate Recruitment and Development (GRAD) eine Möglichkeit für Hochschulabsolventen geschaffen, praktische Berufserfahrungen in einer führenden europäischen Institution zu sammeln, die an den internationalen Finanzmärkten eine wichtige Rolle spielt.

Vom 1. September 2009 an gibt es Stellen für Nachwuchskräfte (Junior Roles), die es Hochschulabsolventen ermöglichen, in einem dynamischen multikulturellen Umfeld an der Seite von Fachleuten erste Berufserfahrungen zu sammeln. Die Anstellung erfolgt hauptsächlich am Sitz der EIB in Luxemburg, allerdings können die erfolgreichen Bewerber auch in den Außenbüros der Bank eingesetzt werden.

Die für das Graduiertenprogramm GRAD ausgewählten Kandidaten erhalten einen befristeten Vertrag für mindestens ein Jahr und höchstens zwei Jahre. In dieser Zeit haben die Hochschulabsolventen die Möglichkeit, durch Teilnahme an einem genau zugeschnittenen Entwicklungsprogramm ihre persönlichen und beruflichen Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Nach Abschluss des Programms erhalten sie einen Leistungs- und Entwicklungsbericht. Die Bank bietet ein hohes Anfangsgehalt sowie Zusatz- und Sozialleistungen.

Weitere Informationen über das GRAD-Programm können auf der Website der Bank abgerufen werden. Die Bank berücksichtigt ausschließlich Online-Bewerbungen.



Das Informationsmagazin der Europäische Investitionsbank-Gruppe

Europäische Investitionsbank

98-100, boulevard Konrad Adenauer
L-2950 Luxembourg
☎ (+352) 43 79 1 – ☎ (+352) 43 77 04
www.eib.org – ✉ info@eib.org

Außenbüros:

Belgien

☎ (+32-2) 235 00 70 – ☎ (+32-2) 230 58 27

Bulgarien

☎ (+359) 29 26 42 90 – ☎ (+359) 29 26 42 00

Deutschland

☎ (+49-30) 59 00 47 90 – ☎ (+49-30) 59 00 47 99

Finnland

☎ (+358) 106 18 08 30 – ☎ (+358) 92 78 52 29

Frankreich

☎ (+33-1) 55 04 74 55 – ☎ (+33-1) 42 61 63 02

Griechenland

☎ (+30-210) 68 24 517 – ☎ (+30-210) 68 24 520

Italien

☎ (+39) 06 47 19 1 – ☎ (+39) 06 42 87 34 38

Österreich

☎ (+43-1) 505 36 76 – ☎ (+43-1) 505 36 74

Polen

☎ (+48-22) 310 05 00 – ☎ (+48-22) 310 05 01

Portugal

☎ (+351) 213 42 89 89 – ☎ (+351) 213 47 04 87

Rumänien

☎ (+40-21) 208 64 00 – ☎ (+40-21) 317 90 90

Spanien

☎ (+34) 914 31 13 40 – ☎ (+34) 914 31 13 83

Vereinigtes Königreich

☎ (+44) 20 73 75 96 60 – ☎ (+44) 20 73 75 96 99

Ägypten

☎ (+20-2) 33 36 65 83 – ☎ (+20-2) 33 36 65 84

Ankara

☎ (+90-312) 405 60 50/51 – ☎ (+90-312) 446 85 05

Istanbul

☎ (+90-212) 317 90 10 – ☎ (+90-212) 269 77 77

Karibik

☎ (+596) 596 74 73 10 – ☎ (+596) 596 56 18 33

Kenia

☎ (+254-20) 273 52 60 – ☎ (+254-20) 271 32 78

Marokko

☎ (+212) 537 56 54 60 – ☎ (+212) 537 56 53 93

Pazifik

☎ (+61-2) 82 11 05 36 – ☎ (+61-2) 82 11 05 38

Senegal

☎ (+221) 338 89 43 00 – ☎ (+221) 338 42 97 12

Südafrika

☎ (+27-12) 425 04 60 – ☎ (+27-12) 425 04 70

Tunesien

☎ (+216) 71 28 02 22 – ☎ (+216) 71 28 09 98

Europäischer Investitionsfonds

96, boulevard Konrad Adenauer
L-2968 Luxembourg
☎ (+352) 42 66 88 1 – ☎ (+352) 42 66 88 200
www.eif.org – ✉ info@eif.org

Ein aktualisiertes Adressenverzeichnis der
Außenbüros ist der Website der EIB zu entnehmen.

QH-AA-09-136-DE-C
© BEI - 11/2009 - DE

Vorzumerkende Termine

- **7.-18. Dezember 2009** – UN-Klimakonferenz, Kopenhagen – Dänemark
- **25. Februar 2010** – Jahrespressekonferenz der EIB, Brüssel – Belgien
– Informationssitzung für Organisationen der Zivilgesellschaft, Brüssel – Belgien
- **20. April 2010** – Regionales Forum über „Energie und Verkehr“, Warschau – Polen
- **8. Juni 2010** – Jahressitzung 2010 des Rates der Gouverneure, Luxemburg
- **22. Oktober 2010** – Regionales Forum „Von Finanzierungen zur Krisenbekämpfung zu nachhaltigem Wachstum und Innovation“, Istanbul – Türkei

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.eib.org/events

Neue Veröffentlichungen der EIB

Juni 2009

- Berichte des Prüfungsausschusses über das Geschäftsjahr 2008
- Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika – Jahresbericht 2008

Juli 2009

- Leitfaden für die Vergabe von Dienstleistungs-, Liefer- und Bauaufträgen, die die Bank auf eigene Rechnung vergibt
- Generalinspektion – Betrugsbekämpfung: Jahresbericht 2008

August 2009

- Überarbeitete Übergangspolitik der EIB im Zusammenhang mit Offshore-Finanzzentren
- Ungeprüfte Halbjahres-Finanzausweise (Kurzform) per 30. Juni 2009

September 2009

- Die EIB-Gruppe stellt sich vor
- Evaluierung der Tätigkeit im Rahmen der European Financing Partners (EFP)-Vereinbarung
- Evaluierung von Finanzierungen in neuen Mitgliedstaaten in der Zeit vor ihrem Beitritt
- Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika – Kurzbeschreibung
- Evaluierung von EIB-Finanzierungen zugunsten von Wasser- und Abwasserprojekten außerhalb der Europäischen Union
- JASPERS-Jahresbericht 2008
- EIF-Risikokapitaloperationen: ETF- und RCM-Mandate

Oktober 2009

- Evaluierung der Operationen (EV): Aufgaben und Ziele
- JEREMIE: Einsatz von EU-Strukturfondsmitteln für KMU über Holding-Fonds

Alle Broschüren sind entsprechend der Nachfrage des Publikums und den Geschäftsanforderungen in verschiedenen Sprachen erhältlich. Sie können unter www.eib.org/publications kostenfrei abgerufen werden.

